

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Soziales zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretvorentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ZUR EINRICHTUNG EINES DIENSTES MIT GETRENNTER GESCHÄFTSFÜHRUNG „DIENSTSTELLE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR SELBSTBESTIMMTES LEBEN“ UND ZUR AUFLÖSUNG DER ENTSPRECHENDEN EINRICHTUNG ÖFFENTLICHEN INTERESSES

INHALTSANGABE

Durch dieses Dekret soll ein Dienst mit getrennter Geschäftsführung „Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ geschaffen und die entsprechende Einrichtung öffentlichen Interesses aufgelöst werden.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Bemerkungen zu den angefragten Gutachten.....	10
Kommentar zu den Artikeln.....	11
Vorentwurf	22

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Hintergrund

Das 2021-2022 durchgeführte Audit der Hauptverwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft richtete seinen Blick vornehmlich auf die Funktionsweise des Ministeriums. Zum Auftrag der Auditoren gehörte zudem die Begutachtung der Schnittstellen, die das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit den beiden größten Einrichtungen öffentlichen Interesses hat, nämlich mit dem Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben. Direkte Folge des Auditberichts ist eine Verwaltungsreform, die seit 2022 umgesetzt wird und sich zumindest teilweise auch auf die Einrichtungen öffentlichen Interesses auswirkt. Hierbei wurden bereits mit dem Ziel der Effizienzsteigerung und der administrativen Vereinfachung die jeweiligen Dienste der drei Behörden für die Bereiche Personalverwaltung, Finanzen und allgemeine IT-Fragen im Januar 2023 zusammengelegt.

Die Auditoren schlugen in ihrem Bericht zudem vor, ebenfalls mit dem Ziel der Effizienzsteigerung und der administrativen Vereinfachung sowie aufgrund Möglichkeit einer bedeutenden rekurrenten finanziellen Einsparung, die beiden Einrichtungen öffentlichen Interesses in Dienste mit getrennter Geschäftsführung umzuwandeln. Die Regierung nahm diesen Vorschlag zur Kenntnis, beschloss jedoch im Frühjahr 2022, diesen nicht mehr in der laufenden Legislaturperiode aufzugreifen und somit anderen Vorhaben der Verwaltungsreform Priorität einzuräumen.

Im Sommer 2022 äußerten sich jedoch die verschiedenen aufeinanderfolgenden Krisen der letzten Jahre in sich drastisch verschlechternden Wirtschaftsparametern. Aufgrund dieser aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen, die langfristige Folgen haben werden, sind bedeutende rekurrente Einsparungen auch im öffentlichen Dienst zwingend erforderlich. Daher wird seit dem Sommer erneut in allen Zuständigkeitsbereichen der Gemeinschaft nach nachhaltigen Einsparungsmöglichkeiten gesucht. Dies führte mitunter dazu, dass ein Einstellungs- und Ernennungsstopp im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft erfolgte. Um jedoch nicht Einsparungen auf Ebene der Personalgehälter durchsetzen zu müssen, sollen langfristige Einsparungen durch Anpassungen der Verwaltungsstrukturen erfolgen. So soll die Anzahl der Führungskräfte in den drei Verwaltungen schrittweise reduziert werden. Auch die von den Auditoren vorgeschlagene und erst wenige Monate vorher zeitlich versetzte Umwandlung der beiden genannten Einrichtungen öffentlichen Interesses in Dienste mit getrennter Geschäftsführung geriet erneut in den Fokus.

Die Regierung hat daher entschieden, den Prozess zur Umwandlung der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben und des Arbeitsamtes in Dienste mit getrennter Geschäftsführung zu starten. Die neuen Strukturen sollen für den 1. Januar 2024 an den Start gehen, sodass der Einspareffekt bereits ab 2025 erreicht wird.

Neben den finanziellen Einsparungen verspricht sich die Regierung durch diese Umwandlung jedoch auch weitere positive Effekte auf den öffentlichen Dienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

1. Die Kräfte des öffentlichen Dienstes können besser gebündelt werden. Die bereits erfolgte Zusammenlegung der Dienste IT, Personal und Finanzen ist beispielhaft für andere übergreifende Aufgaben, in denen die vorhandenen Fachkräfte effizienter eingesetzt werden können. Skaleneffekte können somit entstehen und es kann folgerichtig auch dem Fachkräftemangel begegnet werden.

2. Hierdurch werden zudem bessere Rahmenbedingungen zur Förderung der internen Mobilität zwischen den Diensten geschaffen, sodass qualifizierte Mitarbeiter an den öffentlichen Dienst insgesamt gebunden und ihnen Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden können, die sie bislang nur eingeschränkt in ihrer bisherigen Organisation wahrnehmen konnten.

3. Die Umwandlung ermöglicht es der Deutschsprachigen Gemeinschaft, stärker als dies bislang gelang, einen ganzheitlichen Ansatz der Dienstleistungserbringung des öffentlichen Dienstes an den Bürger der Gemeinschaft zu verfolgen.

4. Folglich entstehen nicht zuletzt auch mit Blick auf künftige Staatsreformen für die Zukunft neue Möglichkeiten von Synergien zwischen den Dienstleistungen der drei Einrichtungen des ostbelgischen öffentlichen Dienstes.

Ändern wird sich mit diesem Dekret, dass die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben als Dienst mit getrennter Geschäftsführung keine eigene Rechtspersönlichkeit mehr haben und somit auch nicht mehr über einen Verwaltungsrat als oberstes Entscheidungsorgan verfügen wird. Der neu zu schaffende Verwaltungsausschuss wird hingegen die Befugnis erhalten, zu gewissen Sachverhalten begutachtend tätig zu werden. Darüber hinaus kann die Regierung der geschäftsführenden Direktion weitreichende Delegationen auf Entscheidungsebene übertragen.

Unangetastet bleiben sollen jedoch die Aufgaben und Arbeitsweisen der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, insbesondere mit Blick auf die Dienstleistungserbringung an die Bürger der Gemeinschaft. Die Beamten der Dienststelle werden mit allen Rechten an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen und das vertragliche Personal erhält einen Arbeitsvertrag mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ebenfalls unter Beibehaltung aller Rechte. Es wird schlussendlich sichergestellt, dass die organisierte Zivilgesellschaft weiterhin an den Entscheidungsprozessen beteiligt bleibt.

Methodologie

Die Umwandlung einer Einrichtung öffentlichen Interesses im Sinne von Artikel 87 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einen Dienst mit getrennter Geschäftsführung im Sinne von Artikel 74 desselben Dekrets setzt eine Reihe von formalen Schritten voraus, die in der richtigen Reihenfolge erfolgen müssen.

Dieses Erfordernis ergibt sich insbesondere durch den Grundsatz der Gewaltentrennung: Während die Schaffung einer Einrichtung öffentlichen Interesses, die über eine eigene, von der Hauptverwaltung getrennte Rechtspersönlichkeit verfügt, eine ausschließliche Zuständigkeit des Dekretgebers ist,¹ wird dies bei der Errichtung eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung anders gehalten: Hier verfügt das Parlament lediglich über die Zuständigkeit, einen bestehenden Dienst als Dienst mit getrennter Geschäftsführung einzurichten; die Schaffung dieses Dienstes und die Organisation desselben (Aufgaben, Strukturen und Personalfragen) sind dagegen eine ausschließliche Befugnis der Exekutiven.²

Der Staatsrat weist in diesem Zusammenhang eine ständige Rechtsprechung vor. Beispielsweise bei der Schaffung des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung „Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen“ äußerte er sich wie folgt zu dem damaligen

¹ Artikel 9 Absatz 2 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen; anwendbar aufgrund von Artikel 5 §1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft.

² Artikel 87 §1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen; anwendbar aufgrund von Artikel 54 Absatz 1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Dekretvorentwurf, der letztendlich grundlegend überarbeitet werden musste und zu der Verabschiedung des Dekrets vom 25. März 2013 zur Einrichtung eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung „Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen“ führte:³

„Mit Artikel 1 des Dekretvorentwurfs wird ein Dienst mit getrennter Geschäftsführung im Sinne von Artikel 74 des Dekrets vom 25. Mai 2009 ‚über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft‘ ins Leben gerufen.

Artikel 74 des o.a. Dekrets vom 25. Mai 2009 bestimmt:

„Die Dienststellen der Gemeinschaft, deren Geschäftsführung aufgrund eines Gesetzes oder eines Dekretes von der Geschäftsführung der Dienste der Hauptverwaltung getrennt ist, werden als Dienste mit getrennter Geschäftsführung bezeichnet.

Der Dienst mit getrennter Geschäftsführung untersteht der hierarchischen Aufsicht des zuständigen Ministers“.

Aus dieser Bestimmung geht hervor, dass zur Bezeichnung der in den Anwendungsbereich der durch die Artikel 73 bis 85 desselben Dekrets organisierten Regelung fallenden Dienststellen das Auftreten des Gesetzgebers erforderlich ist.

Für alles, was nicht durch diese Dekretbestimmungen gedeckt wird, muss die Regierung die Zuständigkeiten, die Organisation und das Funktionieren der als Dienste mit getrennter Geschäftsführung geltenden Dienststellen regeln, da es sich um Dienste der ausführenden Gewalt handelt, die unter die Anwendung von Artikel 87 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen fallen, und deren Geschäftsführung sich nur haushalts- und buchhaltungstechnisch von derjenigen der anderen Dienste der Hauptverwaltung unterscheidet.

Es steht dem Gesetzgeber nur zu, den Dienst bzw. die Dienste zu bezeichnen, den bzw. die er als Dienst(e) mit getrennter Geschäftsführung einrichten möchte.

Da für die von den Artikeln 73 bis 85 des o.a. Dekrets vom 25. Mai 2009 organisierte Regelung optiert wird, kommt es dem Gesetzgeber nicht zu:

- ex nihilo einen als „Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen“ bezeichneten Dienst ins Leben zu rufen und dessen Aufträge festzustellen, wie in den Artikeln 1 und 2 des Dekretvorentwurfs vorgesehen wird;

- sich in die Geschäftsführung und in das Funktionieren des betreffenden Dienstes einzumischen, wie dies in den Artikeln 3 bis 7 des Dekretvorentwurfs der Fall ist, und demzufolge in die Zuständigkeiten einzugreifen, die der Regierung gemäß Artikel 87 des o.a. Sondergesetzes vom 8. August 1980 erteilt werden.

Demzufolge sind die Artikel 2 bis 7 des Dekretvorentwurfs auszulassen.

Außerdem muss erst ein Dienst mit dem Namen „Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen“ beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch Regierungserlass eingerichtet werden, bevor die Dekretbestimmung, die diesen Dienst als Dienst mit getrennter Geschäftsführung bezeichnet, verabschiedet wird (Artikel 1 des Dekretvorentwurfs).“

Demzufolge sind für die Schaffung eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung mindestens zwei Schritte erforderlich. Da es sich im vorliegenden Fall um eine Umwandlung einer bestehenden Einrichtung öffentlichen Interesses handelt, die unter der Prämisse erfolgen soll, dass dem neu gegründeten Dienst mit getrennter Geschäftsführung in nahezu identischer Weise die Aufgaben der ehemaligen Einrichtung öffentlichen Interesses zurückgeführt werden, ist ein dritter Schritt vonnöten. Diese Schritte müssen chronologisch nacheinander erfolgen, können aber gleichzeitig zu einem gemeinsamen Stichtag in Kraft treten.

Schritt 1

³ Gutachten des Staatsrats Nr. 52.337/2 vom 28. November 2012, *Parlamentsdokumente*, Sitzungsperiode 2012-2013, Nr. 144/1, S. 9-10.

In einem ersten Schritt muss auf Ebene der Hauptverwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft per Regierungserlass ein „gewöhnlicher“ interner Dienst eingerichtet werden (siehe letzter Absatz des Auszugs aus dem o.a. Staatsratsgutachten). Dies erfolgte bereits durch den Erlass der Regierung vom 2. März 2023 zur Einrichtung des Dienstes „Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“. Hierbei handelt es sich um eine formale Handlung, die (noch) nicht dazu bestimmt ist, die gleichnamige Einrichtung öffentlichen Interesses aufzulösen oder zu ersetzen. Es ist eher von einer „leeren Hülle“ auszugehen, die dazu bestimmt ist, am Ende des Prozesses zum Dienst mit getrennter Geschäftsführung zu werden.

Schritt 2

In einem zweiten Schritt wird der Dekretgeber eingreifen müssen; dies erfolgt durch den vorliegenden Dekretentwurf. Dem Parlament obliegt es im vorliegenden Fall, neben der Einrichtung des in Schritt 1 erwähnten Dienstes als Dienst mit getrennter Geschäftsführung (Punkt 1) auch eine Reihe von Bestimmungen zu verabschieden, die im Zusammenhang mit der Auflösung der Einrichtung öffentlichen Interesses stehen (Punkt 2). Dieser letztgenannte Unterschritt war bei der Einrichtung des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung „Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen“ im Übrigen nicht vonnöten.

1. Einrichtung eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung: Dieser Schritt wird durch einen einzigen Artikel vollzogen (Artikel 1 des vorliegenden Dekretentwurfs). Es wird lediglich festgehalten, dass der durch den Erlass der Regierung vom 2. März 2023 geschaffene Dienst zum gleichnamigen Dienst mit getrennter Geschäftsführung wird. Formal betrachtet ist dies gemäß der Rechtsprechung des Staatsrates die einzige Zuständigkeit, die der Dekretgeber bei der Schaffung von Diensten mit getrennter Geschäftsführung besitzt.

2. Auflösung der Einrichtung öffentlichen Interesses: Dadurch, dass durch in Punkt 1 geschaffene Dienst mit getrennter Geschäftsführung dazu bestimmt ist, in einer gewissen Weise die Einrichtung öffentlichen Interesses „Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ zu ersetzen, und dass die letztgenannte Einrichtung öffentlichen Interesses aufgelöst werden soll, sind weitere Einzelschritte notwendig:

2.1 Die Einrichtung öffentlichen Interesses muss formal aufgelöst werden (Artikel 2 des vorliegenden Dekretentwurfs). Dies erfolgt auch im Dekret vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, indem das Kapitel 2, das den Artikel 5 umfasst, aufgehoben werden soll (Artikel 8 des vorliegenden Dekretentwurfs).

2.2 Die juristische Person öffentlichen Rechts „Deutschsprachige Gemeinschaft“ nimmt daraufhin die Rechtsnachfolge der Einrichtung wahr (Artikel 3 des vorliegenden Dekretentwurfs). Sie übernimmt die entsprechenden Rechte, Pflichten, Güter und Lasten. Es sei daran erinnert, dass die Einrichtung öffentlichen Interesses über eine eigene Rechtspersönlichkeit verfügte, die getrennt von der „Deutschsprachigen Gemeinschaft“ im engeren Sinne ist.⁴ Durch die vorliegende Bestimmung geht diese Rechtspersönlichkeit in der juristische Person öffentlichen Rechts „Deutschsprachige Gemeinschaft“ auf.

2.3 Die bei der Einrichtung öffentlichen Interesses beschäftigten Beamten und Bediensteten werden von Amts wegen als Personalmitglieder des Ministeriums der

⁴ Rechtspersönlichkeit der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben: Artikel 5 Absatz 2 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben. Vgl. dagegen Rechtspersönlichkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Artikel 2 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Deutschsprachigen Gemeinschaft übernommen (Artikel 4 des vorliegenden Dekretentwurfs). Tatsächlich ist das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Verwaltungsbehörde, die durch die juristische Person öffentlichen Rechts „Deutschsprachige Gemeinschaft“ gebildet wird.⁵⁻⁶ Bei der Übertragung der betroffenen Personalmitglieder wird dekretal sichergestellt, dass sie mit ihrem Dienstgrad oder mit einem gleichwertigen Dienstgrad und in ihrer jeweiligen Eigenschaft übernommen werden („Rucksack-Prinzip“). Sie behalten mindestens die Besoldung und das Dienstalter, das sie hatten oder erhalten hätten, wenn sie das Amt, das sie zum Zeitpunkt der Übertragung innehatten, weiterhin in ihrer ursprünglichen Dienststelle ausgeübt hätten. Die Zuordnung dieser Personalmitglieder zum durch den Punkt 1 neu geschaffenen Dienst mit getrennter Geschäftsführung erfolgt in einem Folgeschritt durch den Direktionsrat des Ministeriums⁷.

2.4 Das Dekret vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben wird dagegen selbst nach der Auflösung der Einrichtung öffentlichen Interesses nicht in seiner Gänze aufgehoben werden. Tatsächlich umfasst dieses Dekret nicht nur die Bestimmungen zur Schaffung und Organisation der Dienststelle, sondern darüber hinaus inhaltliche Vorgaben zum Themenkomplex des selbstbestimmten Lebens, die derzeit in der Form von Aufträgen an die Dienststelle ausformuliert sind. Beispielsweise ist vorgesehen, dass die Dienststelle die Anerkennung von Dienstleistern vornimmt (Artikel 12 des Dekrets); diesem Artikel ist aber auch zu entnehmen, dass Dienstleister vor Aufnahme ihrer Tätigkeit einer Anerkennung bedürfen. Dieser letzte Aspekt muss nach wie vor dekretal verankert bleiben. Das Dekret vom 13. Dezember 2016 bedarf demnach einer grundlegenden Überarbeitung, darunter insbesondere Folgende:

2.4.1 Logischerweise muss die Überschrift des Dekrets vom 13. Dezember 2016 ersetzt werden. Das Dekret wird nicht mehr die Schaffung und Organisation der Dienststelle betreffen, sondern hauptsächlich Bestimmungen inhaltlicher Natur. Daher wurde als neue Überschrift „Dekret über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ gewählt.

2.4.2 Aufgrund des vorerwähnten Grundsatzes der Gewaltentrennung dürfen die Aufgaben, die die Dienststelle als Einrichtung öffentlichen Interesses bisher gewährleistet hat, nicht unmittelbar durch das Parlament an den Dienst mit getrennter Geschäftsführung „durchgereicht“ werden. Es ist demnach erforderlich, zunächst die Regierung als exekutives Organ mit diesen Aufgaben zu betrauen. Somit wird im Kapitel zu den Aufgaben durchgehend das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt werden.

2.4.3 Die Regierung soll allerdings in Schritt 3 (siehe hiernach) die Möglichkeit erhalten, die ihr durch das Dekret zugeteilten Aufgaben per Erlass an den Dienst mit getrennter Geschäftsführung zu übertragen. Dazu ist - weiterhin unter dem Gesichtspunkt der Gewaltentrennung - nur sie befugt. Um aber in diesem Zusammenhang auch relativ weitreichende Übertragungen zu erlauben, soll dies durch einen Vollmachten-Artikel gesichert werden

⁵ Der staatsrechtliche Begriff ist „Verwaltung“ oder „Dienste der Regierung“ (vgl. Artikel 87 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen und Artikel 54 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft). Die Benennung „Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ wurde durch einen Erlass der Exekutiven vom 27. Februar 1991 zur Bezeichnung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegt.

⁶ Die Regierung vertritt in der Tat im Regelfall die juristische Person öffentlichen Rechts „Deutschsprachige Gemeinschaft“ gerichtlich und außergerichtlich (Artikel 82 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen; anwendbar aufgrund von Artikel 51 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft). Eine Ausnahme hierzu bilden die Fälle, in denen „der Gegenstand der Streitsache oder der Handlung in die Zuständigkeit des Parlaments fällt“; dann vertritt das Parlament die juristische Person öffentlichen Rechts „Deutschsprachige Gemeinschaft“ gerichtlich und außergerichtlich (Artikel 48bis des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen; anwendbar aufgrund von Artikel 44 Absatz 1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft).

⁷ Artikel 10.4 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten.

(Artikel 23 des vorliegenden Dekretentwurfs). Dieser ermächtigt die Regierung, die ihr durch das Dekret vom 13. Dezember 2016 und seine Ausführungsbestimmungen erteilten Aufgaben, einschließlich der Entscheidungsbefugnisse, an Dienste oder bevollmächtigte Bedienstete zu übertragen.

2.4.4 Die in Kapitel 4 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 aufgeführten besonderen Gremien der Einrichtung öffentlichen Interesses haben ab dem Zeitpunkt ihrer Auflösung keine Rechtsgrundlage mehr. Von der Tatsache abgesehen, dass manche unter ihnen nicht für Dienste mit getrennter Geschäftsführung vorgesehen sind,⁸ steht es dem Dekretgeber aufgrund des vorerwähnten Grundsatzes der Gewaltentrennung nicht zu, die internen Entscheidungsorgane eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung einzurichten. Allerdings verfügt das Parlament nach wie vor über die Befugnis, per Dekret und losgelöst von einem Dienst mit getrennter Geschäftsführung verschiedene Beratungsgremien zu schaffen, ihre Aufträge festzulegen und ihre Arbeitsweise zu bestimmen. Es steht demnach dem Dekretgeber frei, den Verwaltungsrat der Einrichtung öffentlichen Interesses in ein eigenständiges Gremium mit der Bezeichnung „Verwaltungsausschuss“ umzuwandeln; es wird betont, dass dieses Gremium nicht als ein internes Entscheidungsorgan des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung fungiert bzw. fungieren darf. Dennoch wird beabsichtigt, für dieses Gremium eine enge Zusammenarbeit mit dem Dienst mit getrennter Geschäftsführung vorzusehen. Gleiches gilt für die Gremien „Beratendes Fachgremium“ und „Dienstleisterkonferenzen“, die fortan nicht mehr als Organe der Einrichtung öffentlichen Interesses arbeiten werden, sondern als vom Dienst mit getrennter Geschäftsführung unabhängige Organe.

2.4.5 Die Bestimmungen zum Personal und zu den Finanzen der Einrichtung öffentlichen Interesses werden - abermals aufgrund des vorerwähnten Grundsatzes der Gewaltentrennung - aufgehoben werden müssen.

2.4.6 Die Überarbeitung des Dekrets vom 13. Dezember 2016 wird zum Anlass genommen, um das Kapitel 7 zum Thema „Vertraulichkeit und Datenschutz“ an die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen (d. h. insbesondere die europäische Datenschutz-Grundverordnung) anzupassen.

2.5 Schließlich werden auch in allen weiteren Dekreten bzw. legislativen Rechtstexten der Deutschsprachigen Gemeinschaft eventuelle Aufgaben, die der Einrichtung öffentlichen Interesses übertragen wurden, aus den in Punkt 2.4.2 angeführten Gründen künftig der Regierung zugeteilt werden müssen. Auch hier wird - wie in Punkt 2.4.3 erklärt - ein weiteres „Durchreichen“ an den Dienst mit getrennter Geschäftsführung per Regierungserlass beabsichtigt. Des Weiteren werden in den weiteren Dekreten bzw. legislativen Rechtstexten der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehene Vertretungen der Einrichtung öffentlichen Interesses in bestehenden Gremien angepasst.

Schritt 3

In einem dritten Schritt wird erneut die Regierung handeln müssen. Die Aufgaben, die dem per Dekret eingerichteten Dienst mit getrennter Geschäftsführung zugeteilt werden sollen, sind per Regierungserlass zu präzisieren. Aus praktischen Gründen wird dies als Änderung des in Schritt 1 erwähnten Erlasses der Regierung vom 2. März 2023 zur Einrichtung des Dienstes „Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ erfolgen. Konkret wird die Aufgabenliste so gestaltet, dass auf die einzelnen Aufträge verwiesen wird, die per Dekret in Schritt 2 der Regierung zugeteilt wurden. Somit würde sich demnach der Kreis schließen: Die Aufgaben der Einrichtung öffentlichen Interesses, die der Regierung per Dekret zugeteilt wurden, werden in diesem finalen Schritt

⁸ Der „Verwaltungsrat“ ist das Gremium, das die Einrichtung öffentlichen Interesses leitet. (Artikel 87 §1 Absatz 3 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.) Bei Diensten mit getrennter Geschäftsführung gibt es dagegen keine Verwaltungsräte. (vgl. Artikel 74 desselben Dekrets)

wieder der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben in ihrer neuen Eigenschaft als Dienst mit getrennter Geschäftsführung zurückgeführt.

Zeitgleich wird die Regierung per Abänderung des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft der Führungsebene des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung eine Reihe von Vollmachten erteilen, damit sichergestellt wird, dass das operative Tagesgeschäft fortgeführt werden kann.

Schließlich wird mit diesem Regierungserlass auch eine Vielzahl von anderen Erlassen abgeändert oder ersetzt werden müssen. Zum einen geht es darum, die Verweise auf die Einrichtung öffentlichen Interesses aus verschiedenen Ausführungsbestimmungen zu entfernen. Hierbei handelt es sich insbesondere um dienstrechtliche Vorgaben die aufgrund von Artikel 102 §1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft erlassen wurden.⁹ Zum anderen handelt es sich um Erlassabänderungen, die darauf abzielen, in gewissen Bestimmungen, die beispielsweise dem Verwaltungsrat der Einrichtung öffentlichen Interesses Aufgaben zuerteilten, diese Verweise durch Verweise auf den zuständigen Minister zu ersetzen. Wo dies angebracht ist, wird festgehalten werden, dass Entscheidungen aufgrund eines Gutachtens des per Dekret geschaffenen Verwaltungsausschusses getroffen werden müssen. Diese Aufgaben des Ministers werden wiederum der Führungsebene des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung per Vollmacht übertragen werden können.

Inkrafttreten

Das Ziel ist die in den Schritten 1, 2 und 3 genannten Bestimmungen zeitgleich am 1. Januar 2024 in Kraft treten zu lassen, sodass ab diesem Datum der Dienst mit getrennter Geschäftsführung „Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ vollends handlungsfähig und die Kontinuität in der Erbringung seiner derzeitigen Dienstleistungen gesichert ist.

BEMERKUNGEN ZU DEN ANGEFRAGTEN GUTACHTEN

Der Verwaltungsrat der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben hat zu dem vorliegenden Dekretentwurf am 31. März 2023 ein Gutachten verfasst. Der Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat zu dem vorliegenden Dekretentwurf am 25. April 2023 ein Gutachten verfasst.

Diese Gutachten führten zu folgenden Änderungen: Zum einen wurde in dem künftigen Artikel 24 §1.1 Absatz 1 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben vorgesehen, dass der Verwaltungsausschuss künftig auch einen halbjährlichen Bericht zum Beschwerdemanagement erhält. Zum anderen wurde in dem künftigen §2 desselben Artikels vorgesehen, dass der Verwaltungsausschuss auch aus eigener Initiative Vorschläge oder Empfehlungen zur Anpassung des Angebots im Bereich des selbstbestimmten Lebens mit den entsprechenden Rahmenbedingungen ausarbeiten kann. Der Vorschlag des Verwaltungsrats der Dienststelle, die Bestimmungen zum Datenschutz nach Erhalt des Gutachtens der Datenschutzbehörde ggf. zu einem späteren Zeitpunkt aufzuarbeiten, kann aufgegriffen werden.

⁹ „Die Regierung legt das Dienstrecht der Bediensteten und den Stellenplan der Einrichtungen öffentlichen Interesses fest.“

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Mit diesem Artikel wird der Dienst mit getrennter Geschäftsführung „Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ ins Leben gerufen. Um als Dienst mit getrennter Geschäftsführung gemäß Artikel 74 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezeichnet zu werden, ist eine dekretale Basis für den Dienst die Grundbedingung. Der Verweis auf den Erlass der Regierung vom 2. März 2023 zur Einrichtung des Dienstes „Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“, der die Schaffung der Dienststelle als neuen Dienst im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorsieht, wurde eingefügt, um den betroffenen Dienst zu identifizieren.

Artikel 2

Dieser Artikel sieht die Auflösung der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben als Einrichtung öffentlichen Interesses vor.

Artikel 3

Artikel 3 regelt die Nachfolge der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, die durch juristische Person öffentlichen Rechts Deutschsprachige Gemeinschaft übernommen wird. Diese Bestimmung ermöglicht es, bei der Umwandlung der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben in einen Dienst mit getrennter Geschäftsführung eine Kontinuität bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu gewährleisten.

Artikel 4

Dieser Artikel regelt die Übernahme des betroffenen Personals. Es wird eine größtmögliche Kontinuität gewährleistet.

Artikel 5

Artikel 5 ersetzt die Überschrift des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben.

Artikel 6

Artikel 6 nimmt eine technische Bereinigung von Artikel 1 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 vor, die aufgrund der Umwandlung notwendig ist.

Artikel 7

Durch Artikel 7 werden die Begriffsbestimmungen, die in Artikel 3 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 enthalten sind, aktualisiert. So wird die Definition der „Dienststelle“ gestrichen und die Definition der Begrifflichkeiten „BelRAI Screener“ und „Datenschutz-Grundverordnung“ hinzugefügt. Hierbei handelt es sich um technische Anpassungen, die parallel zur Umwandlung der Dienststelle erfolgen, aber nicht unmittelbar mit dieser in Verbindung stehen.

Zudem wird erläutert, wie der Begriff des „gleichlautenden Gutachtens“ zu verstehen ist, das die Regierung gemäß dem künftigen Artikel 24 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 in

verschiedenen Situationen bei dem Verwaltungsausschuss beantragen muss. Dabei gilt es insbesondere darauf zu achten, dass ein solches Gutachten sowohl form- als auch fristgerecht verfasst werden muss. Die formale Korrektheit ist erforderlich, da gemäß der ständigen Rechtsprechung des Staatsrates gleichlautende Gutachten als „anfechtbare Handlungen“ (*acte faisant grief*) gelten. Dies bedeutet, dass diese Gutachten dieselben Qualitätsmerkmale aufweisen müssen, wie gewöhnliche Verwaltungsentscheidungen; dabei gilt insbesondere, dass sie der externen Gesetzmäßigkeit (Zuständigkeit des Verfassers und Einhaltung der Formvorgaben, wie beispielsweise Schriftlichkeitsgebot, Datierung und Unterzeichnung) wie auch der internen Gesetzmäßigkeit (zulässiger Gegenstand, inhaltliche und formelle Begründung auf Rechts- und Tatsachenebene sowie legitime Zweckbestimmung) Genüge tun müssen. Die fristgerechte Abgabe der gleichlautenden Gutachten wird sich in den meisten Fällen von den Vorgaben der jeweiligen Dekret- oder Erlassbestimmungen ableiten lassen. In den Fällen, in denen keine verbindliche Frist vorgesehen, kommt die allgemeine Bestimmung in Artikel 8 des Programmdekrets vom 21. März 2005 zum Tragen. Dieser besagt, dass in Ermangelung von spezifischen Bestimmungen die Regierung bei der Anfrage eines externen Gutachtens selbst eine Frist bestimmen kann, innerhalb derer dieses Gutachten abgegeben werden muss. Diese Frist muss jedoch mindestens 30 Tage betragen. Liegt das beantragte Gutachten bei Ablauf der Frist nicht vor, gilt es als positiv.

Artikel 8

Artikel 8 hebt das Kapitel 2 „Schaffung der Dienststelle“ des Dekrets vom 13. Dezember 2016 auf.

Artikel 9

Durch Artikel 9 wird die Überschrift von Kapitel 3 des vom 13. Dezember 2016 technisch angepasst.

Artikel 10 bis 20

Aus verfassungsrechtlicher Sicht ist die Zuständigkeitsverteilung zwischen Regierung und Parlament so geregelt, dass einzig die Exekutive für die Gestaltung der Aufgaben des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung zuständig ist. Der Gesetzgeber ist lediglich dafür zuständig, eine entsprechende Rechtsgrundlage für diese Gestaltung zu schaffen.

Die Artikel 10 bis 20 des vorliegenden Dekretvorentwurfs passen das Kapitel 3 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 dahingehend an, dass dieses Prinzip der Gewaltentrennung respektiert wird. Dies geschieht dadurch, dass die Verweise auf die Dienststelle für selbstbestimmtes Leben als Einrichtung öffentlichen Interesses durch Verweise auf die Regierung ersetzt werden.

Des Weiteren wird die veraltete Bezeichnung „Alten- und Pflegewohnheime“ durch die korrekte Benennung „Wohn- und Pflegezentren für Senioren“ ersetzt. Hierbei handelt es sich um eine technische Anpassung, die parallel zur Umwandlung der Dienststelle erfolgt, aber nicht unmittelbar mit dieser in Verbindung steht.

Artikel 21

Artikel 21 passt die Überschrift von Kapitel 3 Abschnitt 5 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 an die dort enthaltenen Inhalte an.

Artikel 22

Durch Artikel 22 wird Artikel 18 §2 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 aufgehoben.

Artikel 23

Artikel 23 ersetzt Artikel 19 des Dekrets vom 13. Dezember 2016, der es der Regierung ermöglichte, die Dienststelle für selbstbestimmtes Leben damit zu beauftragen, zusätzliche Aufträge auszuführen, durch einen Artikel, der die Möglichkeit einer Befugnisübertragung regelt.

Dieser Delegationsartikel spricht der Regierung ausdrücklich die Möglichkeit zu, Diensten oder bevollmächtigten Bediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft mitunter weitreichende Aufgaben zu erteilen. Insbesondere diese Bestimmung wird dazu dienen, dem Dienst mit getrennter Geschäftsführung die Aufgaben zurückzuführen, die durch den vorliegenden Dekretentwurf der Regierung übertragen werden mussten (siehe oben).

Artikel 24

Artikel 24 ersetzt die Überschrift von Kapitel 4 des Dekrets vom 13. Dezember 2016.

Artikel 25

Durch Artikel 25 wird die Überschrift von Kapitel 4 Abschnitt 1 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 in der die Bezeichnung „Verwaltungsrat“ enthalten ist, durch die neue Benennung „Verwaltungsausschuss“ ersetzt.

Artikel 26

Artikel 26 schafft den Verwaltungsausschuss für selbstbestimmtes Leben, der konzeptuell an die Stelle des ehemaligen Verwaltungsrats tritt.

Artikel 27

Neben den terminologischen Anpassungen, die durch die Umbenennung des Gremiums erforderlich wurden, passt Artikel 27 ebenfalls die Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses an.

Artikel 28

Durch Artikel 28 wird die alte Bezeichnung „Verwaltungsrat“ durch die neue Benennung „Verwaltungsausschuss“ ersetzt. Die Terminologie zur Bezeichnung der Dienststelle wird an die neuen Gegebenheiten angepasst. Die Aktualisierung eines Verweises, der durch die Abänderung der Zusammensetzung von Artikel 20 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 notwendig ist, wird ebenfalls vorgenommen.

Artikel 29 und 30

Durch diese Artikel wird die alte Bezeichnung „Verwaltungsrat“ durch die neue Benennung „Verwaltungsausschuss“ ersetzt.

Artikel 31

Artikel 31 nimmt verschiedene Abänderungen an Artikel 24 des Dekrets vom 13. Dezember 2016, der die Aufgaben des Verwaltungsrates beziehungsweise des

Verwaltungsausschusses, bestimmt, vor. Anders als der Verwaltungsrat in einer Einrichtung öffentlichen Interesses und in Übereinstimmung mit den Vorgaben des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft besitzt der künftige Verwaltungsausschuss keine Entscheidungsbefugnis mehr. Allerdings soll ihm per Dekret die Möglichkeit einer entscheidenden Mitwirkung eingeräumt werden. So wird vorgesehen, dass in den meisten Aufgabenbereichen, in denen der Verwaltungsrat zuvor die Entscheidungsbefugnis besaß, künftig der Verwaltungsausschuss ein gleichlautendes Gutachten abgeben soll. Dies bedeutet, dass die Regierung nur die Wahl hat, entweder im Sinne des Gutachtens des Verwaltungsausschusses, das ggf. mit Auflagen versehen sein kann, zu entscheiden oder aber gar keinen Beschluss zu fassen. In anderen Bereichen - beispielsweise bei der Anpassung des Dienstrechts oder bei der Anpassung von Dekreten und Erlassen im Bereich des selbstbestimmten Lebens - ist eine gewöhnliche Begutachtung vorgesehen.

Artikel 32

In Artikel 32 werden die Eckpunkte festgehalten, die die künftige Geschäftsordnung des Verwaltungsausschusses aufweisen muss. Neben den gewöhnlichen organisatorischen Aspekten soll insbesondere festgehalten werden, wie eine effiziente Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Verwaltungsausschuss bei Akten mit unsicherem Ausgang erreicht werden kann.

Artikel 33 bis 38

Durch die Artikel 33 bis 38 werden terminologische und technische Anpassungen vorgenommen, die im Rahmen der Umwandlung der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben in einen Dienst mit getrennter Geschäftsführung notwendig wurden. So wird - insofern das beratende Fachgremium betroffen ist - die Bezeichnung „Verwaltungsrat“ jeweils durch die Bezeichnung „Verwaltungsausschuss“ ersetzt und der Zuständigkeitsbereich der Dienststelle umformuliert.

Artikel 39

Artikel 39 hebt Kapitel 4 Abschnitt 4 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 auf. Der aufzuhebende Abschnitt enthält Bestimmungen über den geschäftsführenden Direktor, das Personal und das anzuwendende Pensionsregime, die fortan aufgrund des Grundsatzes der Gewaltentrennung ausschließlich auf Erlassebene geregelt werden müssen.

Artikel 40

Artikel 40 ersetzt in Artikel 36 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 den Begriff „Dienststelle“ durch den Begriff „Regierung“. Auch diese technische Anpassung ist der Tatsache geschuldet, dass die Dienststelle durch die Umwandlung über keine eigene Rechtspersönlichkeit mehr verfügt und dass die Regierung als exekutive Kraft an ihre Stelle tritt.

Artikel 41

Artikel 41 ersetzt das Kapitel 7 „Vertraulichkeit und Datenschutz“ durch eine aktualisierte Version der Datenschutzbestimmungen. Dadurch werden die rechtlichen Grundlagen der Datenverarbeitung an die geltenden Standards angepasst.

Das überarbeitete Kapitel 7 beinhaltet die Artikel 41 bis 47.1 des Dekrets vom 13. Dezember 2016

- Der neue *Artikel 41* sieht den vertraulichen Umgang mit Daten vor. Sofern keine anderslautenden gesetzlichen oder dekretalen Bestimmungen es vorsehen, sind alle anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekretentwurfs und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihrer Aufgaben anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

- Im neuen *Artikel 42* wird der für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständige Dienst im Rahmen der Verpflichtung zur Zusammenarbeit dazu angehalten, seine Aufgaben in Kooperation mit allen involvierten Einrichtungen auszuüben, wenn dies im Sinne des Nutzers ist.

- Die neue Fassung von *Artikel 43* ermöglicht der Regierung - und somit in der Konsequenz dem Dienst - in Ausführung der festgelegten Aufgaben die Verarbeitung personenbezogener Daten. Er legt fest, dass die Regierung und in manchen Fällen Dienstleister für die Erbringung der in Artikel 12 erwähnten Unterstützungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche oder Erwachsene für die Verarbeitung dieser Daten verantwortlich ist. Als Grundlage für die Datenverarbeitung gilt die Datenschutz-Grundverordnung.

- *Artikel 44* bildet die Grundlage zur Verarbeitung von Gesundheitsdaten. Insbesondere für die Daten zur Gesundheit gilt es, das Gesetz über die Rechte des Patienten sowie die ärztliche Schweigepflicht zu beachten. Außer in den in Artikel 34 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 zum Schutz der natürlichen Personen in Bezug auf die personenbezogenen Daten vorgesehenen Ausnahmefällen ist eine Verarbeitung von Daten zur Gesundheit ohne besondere Grundlage nicht gestattet. Im Rahmen dieses Dekretentwurfs scheint es wichtig, medizinische Daten verarbeiten zu können, da der Dienst seine Aufgaben zugunsten der verschiedenen Zielgruppen ansonsten nicht sachgerecht ausführen kann. Folglich entspricht dieser Artikel des Dekretentwurfs den in Artikel 34 §1 Nummern 1 und 2 des vorerwähnten Gesetzes vom 30. Juli 2018 vorgesehenen Ausnahmen.

- In *Artikel 45* werden die Datenkategorien, die verarbeitet werden dürfen, aufgelistet. Ihre Verarbeitung ist an bestimmte Verwendungszwecke gebunden und nur durch die genannten Akteure gestattet.

- *Artikel 46* sieht die Möglichkeit der Datenverarbeitung zu statistischen und analytischen Zwecken vor. Die gemäß den Artikeln 6 und 17 gesammelten Daten können zur Verarbeitung von statistischen Daten und Analysen, sowie der Bedarfsanalyse und Evaluation von Dienstleistungen und Maßnahmen für Nutznießer, verwendet werden. So ist es zum Beispiel wichtig zu wissen, welche Unterstützungsbedarfe in welcher Häufigkeit bestehen.

In dem Artikel wird der Grundsatz festgehalten, dass zu diesem Zweck anonymisierte und pseudonymisierte Daten zu nutzen sind. Für Langzeitanalysen und komplexe Fragestellungen ist die Verknüpfung und Kreuzung von unterschiedlichen Datensätzen aus unterschiedlichen Zeiträumen erforderlich. Dies erfordert den technischen Bezug zur Person als statistische Einheit, ohne dass jedoch die Notwendigkeit besteht, die Person als Einzelperson zu identifizieren. Dies rechtfertigt den Einsatz von pseudonymisierten Daten anstelle anonymisierter Daten.

- *Artikel 47* regelt die Aufbewahrungsdauer der erhobenen Datenkategorien.

- In *Artikel 47.1* werden die Regierung und die Dienstleister dazu angehalten, bei der Verarbeitung der in Artikel 45 erwähnten Daten angemessene Sicherheitsmaßnahmen anzuwenden.

Artikel 42

Durch Artikel 42 wird Artikel 48 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 aufgehoben, da er unbrauchbar gewordene Bestimmungen zu den Finanzmitteln der Dienststelle beinhaltet.

Artikel 43

Durch Artikel 43 wird die alte Bezeichnung „Verwaltungsrat“ durch die neue Benennung „Verwaltungsausschuss“ ersetzt.

Artikel 44

Artikel 44 ersetzt in Artikel 50 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 den Begriff „Dienststelle“ durch den Begriff „Regierung“. Auch diese technische Anpassung ist der Tatsache geschuldet, dass die Dienststelle durch die Umwandlung über keine eigene Rechtspersönlichkeit mehr verfügt und dass die Regierung an ihre Stelle tritt.

Artikel 45

Artikel 45 hebt eine überholte Übergangsbestimmung in Artikel 79.1 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 auf.

Artikel 46

Artikel 46 ändert die in Artikel 200 §2 des Wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen enthaltene die Liste der Mitglieder des Beirats für Wohnungswesen und Energie dahingehend ab, dass die Bezeichnung des Vertreters der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben an die organischen Gegebenheiten angepasst wird. Die Formulierung „des für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständigen Dienstes des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ersetzt die Bezeichnung „der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“.

Artikel 47

Durch Artikel 47 wird in Artikel 5 §1 Nummer 4 des Königlichen Erlasses Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einführung einer Regelung für vom Staat bezuschusstes Vertragspersonal bei bestimmten lokalen Behörden die Bezeichnung der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben an die organischen Gegebenheiten angepasst.

Artikel 48

Durch Artikel 48 wird in Artikel 93.24 §1 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, der die Zusammensetzung des Förderausschusses vorsieht, die Wortfolge „der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „des für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständigen Dienstes des Ministeriums“ ersetzt.

Artikel 49

Durch Artikel 49 tritt in Artikel 98.2 §2 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen die Regierung an

die Stelle der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben.

Artikel 50

Artikel 50 hebt Artikel 40 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur auf, der hinfällig wird, weil er die Dienststelle mit Aufgaben betraut, welche die Regierung nach der Umwandlung der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben in einen Dienst mit getrennter Geschäftsführung formal gesehen selbst ausübt.

Artikel 51

Durch Artikel 51 wird die in Artikel 3 Nummer 5 des Sportdekrets vom 19. April 2004 enthaltene Definition eines Sportlers mit Unterstützungsbedarf an die neue organische Beschaffenheit der Dienststelle angepasst und es wird auf dekretaler Ebene nicht mehr auf die „Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ sondern auf den Anwendungsbereich des Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens verwiesen.

Artikel 52

Durch Artikel 52 wird in Artikel 24 Absatz 3 Nummer 4 des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts die Definition der Schüler mit einer Beeinträchtigung, die eine reduzierte Einschreibgebühr zahlen, mit einem Verweis auf das Dekret vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens aktualisiert.

Artikel 53

Artikel 53 ersetzt in Artikel 6 Absatz 2 des Dekrets vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben durch die Regierung.

Artikel 54

Artikel 54 ersetzt in Artikel 7 §1 Nummer 7 des Dekrets vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben als Einrichtung öffentlichen Interesses durch den Dienst des Ministeriums, der für den Bereich des selbstbestimmten Lebens zuständig ist.

Artikel 55

Artikel 87 §2 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft enthält eine Liste der Einrichtungen öffentlichen Interesses, die für die Deutschsprachige Gemeinschaft tätig sind. Durch Artikel 55 wird Artikel 87 §2 Nummer 2, der die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben beinhaltet, aufgehoben.

Artikel 56

Durch Artikel 56 wird in Artikel 3 Nummer 11 des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt, der die Begriffsbestimmung der Einrichtungen enthält, die mit der sozial-beruflichen Orientierung beauftragt sind, die Wortfolge „die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „die Regierung“ ersetzt.

Artikel 57

Artikel 57 passt die in Artikel 79 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen festgelegte Zusammensetzung des Rates für Familienleistung an die Umwandlung der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben in einen Dienst mit getrennter Geschäftsführung an. Da die Dienststelle aus organischer Sicht der Hauptverwaltung des Ministeriums zuzuordnen ist, können §1 Absatz 2 Nummer 2 und §1 Absatz 2 Nummer 3 zusammengeführt werden. §3 Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben, da er aufgrund der Verschmelzung der Nummern 2 und 3 unbrauchbar geworden ist.

Artikel 58

Artikel 58 aktualisiert in Artikel 2 des Dekrets vom 15. Oktober 2018 über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets, die Überschrift des Dekrets vom 13. Dezember 2016 in den Nummern 11 und 12 der Begriffsbestimmungen.

Artikel 59

Artikel 59 aktualisiert die in Artikel 19 Absatz 2 Nummer 2 des Dekrets vom 15. Oktober 2018 über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets enthaltene Überschrift des Dekrets vom 13. Dezember 2016.

Artikel 60

Durch Artikel 60 wird Artikel 24 Absatz 2 des Dekrets vom 15. Oktober 2018 über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets aufgehoben. Dieser Absatz, der die Übermittlung der Überwachungsberichte der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben an die Regierung vorsieht, ist mit der Umwandlung der Dienststelle in einen Dienst mit getrennter Geschäftsführung unbrauchbar geworden. Es ist allerdings vorgesehen, dass dieser Bericht künftig dem Verwaltungsausschuss zur Kenntnisnahme übermittelt wird.

Artikel 61

Durch Artikel 61 werden die in Artikel 4 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege enthaltenen Begriffsbestimmungen angepasst. So wird Nummer 7, die den Begriff der Dienststelle festlegt aufgehoben und in Nummer 32 die Überschrift des Dekrets vom 13. Dezember 2016 aktualisiert.

Artikel 62

Artikel 62 ersetzt in Artikel 37 §2 Absatz 1 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege die Dienststelle durch die Regierung.

Artikel 63

Durch Artikel 63 wird in Artikel 63 Absatz 1 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege die Überschrift des Dekrets vom 13. Dezember 2016 aktualisiert.

Des Weiteren ersetzt Artikel 63 die Dienststelle durch die Regierung.

Artikel 64

In Artikel 67 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege wird die Zusammensetzung des Kommunalen Beirates für Senioreninteressen festgelegt. Artikel 64 des vorliegenden Dekretentwurfs ersetzt in §2 Nummer 2 den Vertreter der Dienststelle durch einen Vertreter der Regierung.

Artikel 65

Durch Artikel 65 wird in Artikel 83 §1 Absatz 1 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege die Überschrift des Dekrets vom 13. Dezember 2016 aktualisiert.

Artikel 66

Mit der vorliegenden Abänderungsbestimmung wird in Artikel 2 Absatz 2 des Dekrets vom 25. Februar 2019 zur Anerkennung der deutschen Gebärdensprache die alte Bezeichnung „Verwaltungsrat“ durch die neue Benennung „Verwaltungsausschuss“ ersetzt.

Artikel 67

Artikel 67 ändert die in Artikel 3 des Dekrets vom 14. Oktober 2019 zur Anerkennung von Assistenztieren und über die Zugangsrechte zu öffentlichen Orten von Personen in Begleitung eines Assistenztieres definierten Begriffsbestimmungen ab. Die Überschrift des Dekrets vom 13. Dezember 2016 wird aktualisiert und der Begriff „Dienststelle“ wird aus den Bestimmungen entfernt.

Artikel 68 und 69

Durch die vorliegenden Abänderungsbestimmungen tritt die Regierung in Artikel 6 Absatz 1 Nummer 1 und in Artikel 7 §1 Absatz 1 des Dekrets vom 14. Oktober 2019 zur Anerkennung von Assistenztieren und über die Zugangsrechte zu öffentlichen Orten von Personen in Begleitung eines Assistenztieres an die Stelle der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Artikel 70

Durch Artikel 70 des vorliegenden Dekretentwurfs wird die Regierung mit der Aufgabe betraut, die in Artikel 8 Absatz 1 des Dekrets vom 14. Oktober 2019 zur Anerkennung von Assistenztieren und über die Zugangsrechte zu öffentlichen Orten von Personen in Begleitung eines Assistenztieres erwähnte Bezuschussung eines Assistenztieres, vorzunehmen.

Außerdem wird die Überschrift des Dekrets vom 13. Dezember 2016 aktualisiert.

Artikel 71

Artikel 71 aktualisiert die Überschrift des Dekrets vom 13. Dezember 2016 in der Begriffsbestimmung der Personen mit Unterstützungsbedarf, die in Artikel 4 Nummer 44 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen definiert ist.

Artikel 72

Artikel 72 des vorliegenden Dekretentwurfs streicht in Artikel 21 §1 Absatz 1 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen die Passage, die besagt, dass die von der Regierung festzulegenden Bestimmungen über die Zugänglichkeit von Diensten für Personen mit Unterstützungsbedarf auf Vorschlag der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben erlassen werden.

Darüber hinaus werden die in Paragraph 3 des abzuändernden Artikels 21 enthaltenen Aufgaben der Dienststelle an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft übertragen.

Artikel 73

Durch Artikel 73 wird Artikel 3 Nummer 4 des Dekrets vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren enthaltene Begriffsbestimmung der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben aufgehoben.

Artikel 74

Artikel 74 ändert Artikel 15 des Dekrets vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren dahingehend ab, dass die Regierung die Zuständigkeit erlangt den Unterstützungsbedarf auf Grundlage des BelRAI-Screeners zu bestimmen und das Verfahren, gemäß dem dieser bestimmt wird, festzulegen.

Artikel 75

Artikel 44 Absatz 2 des Dekrets vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren beinhaltet eine Datenschutzbestimmung, die es Einrichtungen und Behörden erlaubt, über bestimmte Daten für gewisse Verarbeitungszwecke zu verfügen. Die Regierung erhält die Befugnis über die in Absatz 1 desselben Artikel erwähnten Daten zur Bestimmung des Unterstützungsbedarfs im Rahmen des Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens zu verfügen.

Artikel 76 bis 78

In dem Dekret vom 21. November 2022 zur Schaffung eines Beirats für Menschen mit Beeinträchtigung wird weiterhin auf die Dienststelle verwiesen. Diese Bestimmungen sollen entweder aufgehoben oder durch einen generischen Verweis auf die Regierung ersetzt werden.

Artikel 79

Dieser Artikel legt das Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets auf den 1. Januar 2024 fest.

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Einrichtung eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung „Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ und zur Auflösung der entsprechenden Einrichtung öffentlichen Interesses

KAPITEL 1 - EINRICHTUNG EINES DIENSTES MIT GETRENNTER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Artikel 1 - Der in Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 2. März 2023 zur Einrichtung des Dienstes „Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ aufgeführte Dienst wird in Ausführung von Artikel 74 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Dienst mit getrennter Geschäftsführung „Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ eingerichtet.

Art. 2 - Die Einrichtung öffentlichen Interesses „Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“, geschaffen durch das Dekret vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, wird aufgelöst.

Art. 3 - Die Deutschsprachige Gemeinschaft nimmt die Nachfolge der durch Artikel 2 aufgelösten Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben wahr. Sie übernimmt die entsprechenden Rechte, Pflichten, Güter und Lasten.

Art. 4 - §1 - Die Personalmitglieder der durch Artikel 2 aufgelösten Dienststelle der Deutschsprachigen für selbstbestimmtes Leben, die sich zum Zeitpunkt der Übernahme in einem Dienstverhältnis mit dieser befinden, gelten von Amts wegen als Personalmitglieder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Personalmitglieder werden mit ihrem Dienstgrad oder mit einem gleichwertigen Dienstgrad und in ihrer jeweiligen Eigenschaft übertragen.

Sie behalten mindestens die Besoldung und das Dienstalter, das sie hatten oder erhalten hätten, wenn sie das Amt, das sie zum Zeitpunkt der Übertragung innehatten, weiterhin in ihrer ursprünglichen Dienststelle ausgeübt hätten.

§2 - Die Personalmitglieder der durch Artikel 2 aufgelösten Dienststelle der Deutschsprachigen für selbstbestimmtes Leben, die zum Zeitpunkt der Übernahme über eine Bestellung als Fachbereichs- oder Referatsleiter verfügen, behalten diese Eigenschaft für die verbleibende Dauer ihrer Bestellung.

Ihre Besoldung wird gemäß den für die Fachbereichs- und Referatsleiter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft geltenden Bestimmungen festgelegt.

KAPITEL 2 - ABÄNDERUNGSBESTIMMUNGEN

Abschnitt 1 - Abänderung des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 5 - Die Überschrift des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben wird wie folgt

ersetzt:

„Dekret über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens“

Art. 6 - In Artikel 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben,“ gestrichen.

Art. 7 - Artikel 3 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 11 wird aufgehoben;

2. folgende Nummer 13 wird eingefügt:

„13. gleichlautendes Gutachten: einer Entscheidung vorhergehendes, verbindliches und form- und fristgerecht erstelltes Gutachten, das den Entscheidungsvorschlag nur dann gestattet, wenn es uneingeschränkt oder unter Auflagen günstig ist;“

3. folgende Nummer 14 wird eingefügt:

„14. BelRAI Screener: wissenschaftlich fundiertes, globales Evaluationsinstrument, das auf dem internationalen "Resident Assessment Instrument" beruht. Es handelt sich um ein validiertes elektronisches Instrument, das standardisierte Informationen des Nutznießers generiert, um die Begleitung zu verbessern;“

4. folgende Nummer 15 wird eingefügt:

„15. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG.“

Art. 8 - Kapitel 2 desselben Dekrets, das den Artikel 5 umfasst, wird aufgehoben.

Art. 9 - In der Überschrift von Kapitel 3 desselben Dekrets wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt.

Art. 10 - Artikel 6 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. im einleitenden Satz wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt;

2. in Nummer 1 wird die Wortfolge „im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle“ durch die Wortfolge „im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt;

3. in Nummer 2 wird die Wortfolge „oder der Regierung“ gestrichen und die Wortfolge „im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle“ durch die Wortfolge „im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt;

4. in Nummer 3 wird die Wortfolge „oder der Regierung“ gestrichen und das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt;

5. in Nummer 4 wird die Wortfolge „im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle“ durch die Wortfolge „im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt;

6. in Nummer 6 wird die Wortfolge „im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle“ durch die Wortfolge „im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt;

7. in Nummer 9 wird die Wortfolge „im Auftrag der Regierung“ gestrichen.

Art. 11 - Artikel 7 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. im einleitenden Satz wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt;

2. in Nummer 1 wird die Wortfolge „im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle“ durch die Wortfolge „im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt;

3. in Nummer 2 wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt;

4. in Nummer 4 wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt;

5. in Nummer 6 Buchstabe a) wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt;

6. in Nummer 6 Buchstabe b) wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt.

Art. 12 - Artikel 8 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt;
2. in Absatz 2 Nummer 3 wird die Wortfolge „die Dienststelle“ durch das Wort „sie“ ersetzt.

Art. 13 - In Artikel 9 desselben Dekrets wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt.

Art. 14 - In Artikel 10 Nummer 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „die Unterstützungsleistungen der Dienststelle oder“ durch die Wortfolge „ihre Unterstützungsleistungen oder die“ ersetzt.

Art. 15 - Artikel 11 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. im einleitenden Satz von §1 wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt;
2. in §2 Absatz 1 wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt.

Art. 16 - Im einleitenden Satz von Artikel 12 desselben Dekrets wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt.

Art. 17 - In Artikel 13 Absatz 3 Nummer 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge „die Dienststelle“ durch das Wort „sie“ ersetzt.

Art. 18 - Artikel 14 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 Absatz 1 wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt;
2. in §1 Absatz 2 Nummer 3 wird die Wortfolge „die Dienststelle“ durch das Wort „sie“ ersetzt;
3. in §2 Absatz 1 wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt;
4. in §3 wird die Wortfolge „die Dienststelle ermächtigen,“ gestrichen, die Wortfolge „der Regierung“ durch das Wort „ihr“ ersetzt und das Wort „auszuzahlen“ durch das Wort „auszahlen“ ersetzt.

Art. 19 - Artikel 15 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 Absatz 1 wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt;
2. in §1 Absatz 2 wird die Wortfolge „Alten- und Pflegewohnheime“ durch die Wortfolge „Wohn- und Pflegezentren für Senioren“ ersetzt;
3. in §1 Absatz 3 wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt;
4. in §2 Absatz 2 wird das Wort „Dienststelle“ jeweils durch das Wort „Regierung“ ersetzt;
5. in §2 Absatz 3 wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt;
6. in §3 wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt.

Art. 20 - Artikel 16 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird die Wortfolge „Alten- und Pflegewohnheime“ jeweils durch die Wortfolge „Wohn- und Pflegezentren für Senioren“ und das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt;
2. in Absatz 2 wird die Wortfolge „Unbeschadet des Absatzes 1 bestimmt die Regierung“ durch die Wortfolge „Die Regierung bestimmt“ ersetzt.

Art. 21 - In der Überschrift von Kapitel 3 Abschnitt 5 desselben Dekrets wird die Wortfolge „und weitere Aufträge“ gestrichen.

Art. 22 - Artikel 18 §2 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 23 - Artikel 19 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 19 - Befugnisübertragungen

Die Regierung kann die ihr durch das vorliegende Kapitel und seine Ausführungsbestimmungen erteilten Aufgaben, einschließlich der Entscheidungsbefugnisse, an Dienste oder bevollmächtigte Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft übertragen.“

Art. 24 - Die Überschrift von Kapitel 4 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Kapitel 4 - Beteiligung und Beratung im Bereich des selbstbestimmten Lebens“

Art. 25 - Die Überschrift von Kapitel 4 Abschnitt 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Abschnitt 1 - Verwaltungsausschuss“

Art. 26 - In Kapitel 4 Abschnitt 1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 19.1 eingefügt:

„Art. 19.1 - Schaffung

Es wird ein Verwaltungsausschuss für den Bereich selbstbestimmtes Leben geschaffen.“

Art. 27 - Artikel 20 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. im einleitenden Satz wird die Wortfolge „Verwaltungsrat der Dienststelle“ durch das Wort „Verwaltungsausschuss“ ersetzt;

2. in Absatz 1 Nummer 5 wird die Wortfolge „aus dem Zuständigkeitsbereich der Dienststelle“ durch die Wortfolge „aus dem Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt;

3. im einleitenden von Absatz 2 wird das Wort „Verwaltungsrat“ durch das Wort „Verwaltungsausschuss“ ersetzt;

4. Absatz 2 Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

„2. ein von der Regierung bestimmter Vertreter des für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständigen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft;“

5. in Absatz 2 wird folgende Nummer 2.1 eingefügt:

„2.1 ein Vertreter der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;“

6. in Absatz 3 wird das Wort „Verwaltungsrat“ durch das Wort „Verwaltungsausschuss“ ersetzt;

7. nach Absatz 3 wird folgender Absatz eingefügt:

„Der Verwaltungsausschuss kann übergreifende Arbeitsgruppen einrichten und auflösen. Er legt die Aufgaben, Zielsetzungen und eventuelle Fristen fest, regelt die Modalitäten der Zusammensetzung und bestimmt den Vorsitzenden.“

Art. 28 - Artikel 21 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 Nummer 1 wird das Wort „Verwaltungsrats“ durch das Wort „Verwaltungsausschusses“ ersetzt;

2. in §2 Absatz 1 wird das Wort „Verwaltungsrats“ jeweils durch das Wort „Verwaltungsausschusses“ ersetzt und die Wortfolge „oder Personalmitglied der Dienststelle sein, unbeschadet des Artikels 20 Absatz 2 Nummer 2“ durch das Wort „sein“ ersetzt;

3. in §2 Absatz 2 wird das Wort „Verwaltungsrats“ durch das Wort „Verwaltungsausschusses“ ersetzt.

Art. 29 - Artikel 22 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird das Wort „Verwaltungsrats“ durch das Wort „Verwaltungsausschusses“ ersetzt;

2. in Absatz 2 wird das Wort „Verwaltungsrats“ durch das Wort „Verwaltungsausschusses“ ersetzt;

3. in Absatz 3 wird das Wort „Verwaltungsrat“ durch das Wort „Verwaltungsausschuss“ ersetzt.

Art. 30 - Artikel 23 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird das Wort „Verwaltungsrat“ durch das Wort „Verwaltungsausschuss“ ersetzt;

2. in Absatz 2 wird das Wort „Verwaltungsrats“ durch das Wort „Verwaltungsausschusses“ ersetzt.

Art. 31 - Artikel 24 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. §1 wird wie folgt ersetzt:

„§1 - Der Verwaltungsausschuss berät die Regierung zu Fragen im Bereich des selbstbestimmten Lebens und insbesondere bei der Ausführung der in Kapitel 3 aufgeführten Aufgaben.“

In folgenden Angelegenheiten trifft die Regierung keine Entscheidung ohne ein gleichlautendes Gutachten des Verwaltungsausschusses:

1. die Anerkennung neuer Dienstleister oder der Entzug bereits bestehender Anerkennungen;

2. die strukturelle Bezuschussung von Dienstleistern;

3. die Gewährung der von der Regierung bestimmten Beihilfen zugunsten der Nutznießer;

4. die Vergabe öffentlicher Aufträge im Teilbereich des selbstbestimmten Lebens des Ausgabenhaushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft, deren Auftragswert 30.000 Euro übersteigt;

5. die Entwürfe zur strategischen Gesamtausrichtung, zur fachbezogenen Konzeptarbeit sowie zur Organisation und Erbringung der öffentlichen Dienstleistungen im Rahmen der operativen Umsetzung der dekretalen und verordnungsrechtlichen Aufträge, die dem für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständigen Dienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft übertragen wurden;

6. die Haushaltsentwürfe des Teilbereichs des selbstbestimmten Lebens des Ausgabenhaushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Bei Änderungen des Dienstrechts der Bediensteten des für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständigen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft beantragt die Regierung ein vorheriges Gutachten bei dem Verwaltungsausschuss.

Die Regierung übermittelt die in Artikel 24 des Dekrets vom 15. Oktober 2018 über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets erwähnten Überwachungsberichte dem Verwaltungsausschuss zur Kenntnisnahme.“

2. folgender §1.1 wird eingefügt:

„§1.1 - Die Regierung übermittelt dem Verwaltungsausschuss alle sechs Monate einen statistischen Überblick zur Haushalts- und Personalsituation des für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständigen Dienstes, einen Bericht zum Beschwerdemanagement sowie einen Fortschrittsbericht zur Umsetzung der strategischen Ziele und von Projekten im Bereich des selbstbestimmten Lebens.“

Die Regierung informiert den Verwaltungsausschuss über alle Angelegenheiten, die in den übrigen durch vorliegendes Dekret geschaffen Gremien besprochen werden.“

3. in §2 wird die Wortfolge „bezüglich der Aufgaben der Dienststelle das Gutachten des Verwaltungsrats ein. Der Verwaltungsrat“ durch die Wortfolge „im Bereich des

selbstbestimmten Lebens das Gutachten des Verwaltungsausschusses ein. Der Verwaltungsausschuss“ ersetzt;

4. in §2 werden folgende Absätze 2 bis 4 wird eingefügt:

„Für die Durchführung der im vorliegenden Dekret festgelegten Ermächtigungen verabschiedet die Regierung die entsprechenden Bestimmungen entweder auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses oder nach Unterbreitung der Vorentwürfe zwecks Begutachtung durch diesen.

Der Verwaltungsausschuss kann aus eigener Initiative oder auf Anfrage des Parlaments oder der Regierung Vorschläge oder Empfehlungen zur Anpassung des Angebots im Bereich des selbstbestimmten Lebens mit den entsprechenden Rahmenbedingungen ausarbeiten.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann durch seinen Präsidenten ein Gutachten des Verwaltungsausschusses anfragen. Der Verwaltungsausschuss übermittelt dem Antragsteller dieses Gutachten in einer vom Parlament festgelegten Frist.“

5. in §3 wird das Wort „Verwaltungsrat“ durch das Wort „Verwaltungsausschuss“ ersetzt.

Art. 32 - Artikel 25 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 25 - Geschäftsordnung

Der Verwaltungsausschuss gibt sich eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung regelt insbesondere folgende Aspekte:

1. die Einberufung des Verwaltungsausschusses, die Festlegung der Tagesordnung und die Vorbereitung der Tagesordnungspunkte;
2. das Verfahren zur Beschlussfassung im Verwaltungsausschuss;
3. die Protokollführung;
4. den Tagungsort;
5. das Verfahren zum punktuellen Hinzuziehen von Experten;
6. das Vermittlungsverfahren zwischen der Regierung und dem Verwaltungsausschuss bei Akten mit unsicherem Ausgang.“

Art. 33 - Artikel 26 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Es wird ein beratendes Fachgremium für den Bereich selbstbestimmtes Leben geschaffen.“

Art. 34 - Artikel 27 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 Nummer 1 wird das Wort „Verwaltungsrats“ durch das Wort „Verwaltungsausschusses“ ersetzt;
2. in Absatz 2 wird die Wortfolge „Der geschäftsführende Direktor sowie die von ihm bestimmten Personalmitglieder der Dienststelle“ durch die Wortfolge „Die Bediensteten des für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständigen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ersetzt.

Art. 35 - In Artikel 28 Absatz 2 wird das Wort „den Verwaltungsrat“ durch das Wort „die Regierung“ ersetzt.

Art. 36 - Artikel 29 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. im einleitenden Satz wird die Wortfolge „des Verwaltungsrats oder des geschäftsführenden Direktors“ durch die Wortfolge „der Regierung oder des Verwaltungsausschusses“ ersetzt;
2. in Nummer 1 wird die Wortfolge „des Zuständigkeitsbereichs der Dienststelle“ durch die Wortfolge „des Bereichs des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt;
3. in Nummer 2 wird die Wortfolge „im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle“ durch die Wortfolge „im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt;

4. in Nummer 3 wird die Wortfolge „im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle“ durch die Wortfolge „im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt.

Art. 37 - Im einleitenden Satz von Artikel 30 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Die in Artikel 25 erwähnte Geschäftsordnung des Verwaltungsrats“ durch die Wortfolge „Das beratende Fachgremium gibt sich eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung“ ersetzt.

Art. 38 - In Artikel 31 desselben Dekrets wird im einleitenden Satz die Wortfolge „Der Verwaltungsrat“ durch die Wortfolge „Die Regierung“ ersetzt.

Art. 39 - Kapitel 4 Abschnitt 4 desselben Dekrets, der die Artikel 32 bis 34 umfasst, wird aufgehoben.

Art. 40 - In Artikel 36 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 15. Oktober 2018, wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt.

Art. 41 - Kapitel 7 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 11. November 2018, das die Artikel 41 bis 47 umfasst, wird wie folgt ersetzt:

„KAPITEL 7 - VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ

Art. 41 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Dienstleister und anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 42 - Verpflichtung zur Zusammenarbeit

Unbeschadet der in vorliegendem Kapitel aufgeführten Bestimmungen sind die in Ausführung des vorliegenden Dekrets mit der Bearbeitung einer Nutznießerakte beauftragten Bediensteten des für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständigen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft dazu verpflichtet, mit den Personen zusammenzuarbeiten, die ebenfalls im Rahmen einer Begleitarbeit im Interesse des Nutznießers tätig sind. Die letztgenannten Personen sind insbesondere über die bereits unternommenen Maßnahmen zu unterrichten.

Bei der Zusammenarbeit ist die Befugnis- und Aufgabenverteilung zu beachten.

Art. 43 - Verarbeitung personenbezogener Daten

Unbeschadet des Artikels 44 sind die Regierung und die Dienstleister jeweils für die im vorliegenden Dekret erwähnten Verarbeitungen personenbezogener Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich. Als Verantwortliche für diese Verarbeitung im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung gelten:

1. die Regierung für die Erfüllung der in Kapitel 3 erwähnten Aufgaben;
2. die Dienstleister für die Erbringung der in Artikel 12 erwähnten Unterstützungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche oder Erwachsene.

Die Regierung und die Dienstleister dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Art. 44 - Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen findet unter der Verantwortung einer Fachkraft der Gesundheitspflege statt.

Die Erhebung und Verarbeitung von Daten zur Gesundheit erfolgt unter Einhaltung des Gesetzes vom 22. August 2002 über die Rechte des Patienten und unter Einhaltung der ärztlichen Schweigepflicht.

Art. 45 - Datenkategorien

§1 - Die Regierung und die gemäß Artikel 17 bestellten Inspektoren und externen Sachverständigen können gemäß Artikel 43 für die Nutznießer folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben, einschließlich der Nationalregisternummer;
2. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Stellvertreters des Nutznießers;
3. Daten zum Schulbesuch bzw. zur Ausbildung;
4. Daten zur Familiensituation;
5. Daten zur sozialen und finanziellen Situation;
6. Daten zu Freizeitbeschäftigung und Interessen;
7. Daten zur Gesundheit und Entwicklung:
 - a) Daten zur körperlichen Gesundheit;
 - b) Daten zu Impfungen;
 - c) Daten zur psychischen Gesundheit;
 - d) Daten zum Verhalten;
 - e) Daten zu Risiken und Gefährdungsfaktoren;
 - f) Daten zu den Fähigkeiten und Fertigkeiten;
8. besonders schützenswerte Daten, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung;
9. gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können zu folgenden Zwecken verarbeitet werden:

1. Beratung der Nutznießer gemäß Artikel 7;
2. Gewährung finanzieller Beihilfen und/oder Zuschüsse bzw. materieller Unterstützungen für individuelle Hilfs- und Anpassungsmaßnahmen im Hinblick auf die Umsetzung angemessener Vorkehrungen zugunsten der Nutznießer gemäß Artikel 8 und 9;
3. Wahrnehmung der besondere Aufgaben zugunsten von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gemäß Artikel 11;
4. Ausstellung der Beratungsbescheinigung zugunsten von Senioren gemäß Artikel 15;
5. Zuweisung einer Pflegekategorie für den Senior in Anwendung des BelRAI Screeners gemäß Artikel 16;
6. Wahrnehmung der Aufsicht gegenüber den Dienstleistern gemäß Artikel 17, einschließlich der Kontrolle der Zuschussbedingungen.

§2 - Die Regierung und die gemäß Artikel 17 bestellten Inspektoren und externen Sachverständigen können gemäß Artikel 43 für das Personal der Dienstleister folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben, einschließlich der Nationalregisternummer;
2. Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
3. Daten zum Arbeitsverhältnis und zum Gehalt.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können für die Zwecke der Beantragung der Bezuschussung der Dienstleister bzw. der Auszahlung der Gehälter des Personals der Dienstleister gemäß Artikel 14 verarbeitet werden.

§3 - Die Dienstleister können gemäß Artikel 43 für die Nutznießer die in §1 Absatz 1 aufgeführten Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können für die Zwecke der Erbringung der in Artikel 12 erwähnten Unterstützungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche oder Erwachsene verarbeitet werden.

§4 - Die Regierung kann die in §§1 bis 3 aufgeführten Datenkategorien präzisieren.

Art. 46 - Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken

Die Regierung greift grundsätzlich zur Erstellung von Analysen und Statistiken bezüglich der Ausführung ihrer Aufgaben gemäß Artikel 6 und 17 auf anonyme und pseudonymisierte Daten zurück.

Können die in Absatz 1 erwähnten Analysen und Statistiken nicht anhand anonymisierter Daten erstellt werden, ist der Rückgriff auf pseudonymisierte Daten gestattet.

Für die Anwendung von Absatz 2 vermerkt die Regierung in der Verarbeitungserklärung, aus welchen Gründen die Verarbeitung anonymer Daten die Erstellung der in Absatz 1 erwähnten Analysen und Statistiken nicht ermöglicht.

Art. 47 - Aufbewahrungsdauer der Daten

Die Daten dürfen wie folgt in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht:

1. für die in Artikel 45 §1 erwähnten Daten: höchstens zehn Jahre ab ihrer Erhebung;
2. für die in Artikel 45 §2 erwähnten Daten: höchstens zehn Jahre ab ihrer Erhebung;
3. für die in Artikel 45 §3 erwähnten Daten: höchstens zehn Jahre ab ihrer Erhebung.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Fristen vernichtet.

Art. 47.1 - Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung und die Dienstleister achten bei der Verarbeitung der in Artikel 45 erwähnten Daten darauf, dass angemessene Sicherheitsmaßnahmen angewendet werden.“

Art. 42 - Artikel 48 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 43 - In Artikel 49 desselben Dekrets wird das Wort „Verwaltungsrats“ durch das Wort „Verwaltungsausschusses“ ersetzt.

Art. 44 - In Artikel 50 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird das Wort „Dienststelle“ jeweils durch das Wort „Regierung“ ersetzt.

Art. 45 - Artikel 79.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird aufgehoben.

Abschnitt 2 - Verschiedene Abänderungen

Art. 46 - In Artikel 200 §2 Absatz 1 Nummer 4 des Wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen, ersetzt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge „der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „des für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständigen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ersetzt.

Art. 47 - In Artikel 5 §1 Nummer 4 des Königlichen Erlasses Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einführung einer Regelung für vom Staat bezuschusstes Vertragspersonal bei bestimmten lokalen Behörden, ersetzt durch das Dekret vom 28. Mai 2018, wird die Wortfolge „die Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „die Regierung“ ersetzt.

Art. 48 - In Artikel 93.24 §1 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird die Wortfolge „der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „des für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständigen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ersetzt.

Art. 49 - In Artikel 98.2 §2 Nummer 3 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird die Wortfolge „mit der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „mit der Regierung“ ersetzt.

Art. 50 - Artikel 40 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur, abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird aufgehoben.

Art. 51 - In Artikel 3 Nummer 5 des Sportdekrets vom 19. April 2004, abgeändert durch die Dekrete vom 13. Dezember 2016 und vom 22. Juni 2020, wird die Wortfolge „der bei der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben eingeschrieben ist“ durch die Wortfolge „die in den Anwendungsbereich des Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens fallen“ ersetzt.

Art. 52 - In Artikel 24 Absatz 3 Nummer 4 des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts, eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2011 und abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird die Wortfolge „die bei der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben eingetragen sind“ durch die Wortfolge „die gemäß Artikel 3 Nummer 3 Buchstaben a) und b) des Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens in den Anwendungsbereich desselben Dekrets fallen“ ersetzt.

Art. 53 - In Artikel 6 Absatz 2 des Dekrets vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen, abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird die Wortfolge „der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „der Regierung“ ersetzt.

Art. 54 - In Artikel 7 §1 Nummer 7 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird die Wortfolge „der Dienststelle der Deutschsprachigen

Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „des für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständigen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ersetzt.

Art. 55 - Artikel 87 §2 Nummer 2 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird aufgehoben.

Art. 56 - In Artikel 3 Nummer 11 des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt wird die Wortfolge „und die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ gestrichen.

Art. 57 - Artikel 79 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 Absatz 2 Nummer 2 wird das Wort „ein“ durch das Wort „zwei“ ersetzt und zwischen die Wortfolge „Vertreter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ und das Semikolon die Wortfolge „, wovon ein Vertreter dem für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständigen Dienst angehört“ eingefügt;

2. §1 Absatz 2 Nummer 3 wird aufgehoben;

3. §3 Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben.

Art. 58 - Artikel 2 des Dekrets vom 15. Oktober 2018 über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets wird wie folgt abgeändert:

1. in Nummer 11 wird die Wortfolge „Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt;

2. in Nummer 12 wird die Wortfolge „Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt.

Art. 59 - In Artikel 19 Absatz 2 Nummer 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt.

Art. 60 - Artikel 24 Absatz 2 desselben Dekretes wird aufgehoben.

Art. 61 - Artikel 4 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 7 wird aufgehoben;

2. in Nummer 32 wird die Wortfolge „Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt.

Art. 62 - In Artikel 37 §2 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „die Dienststelle“ durch die Wortfolge „die Regierung“ ersetzt.

Art. 63 - In Artikel 63 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „Dekrets vom 13. Dezember 2016 über

Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ und die Wortfolge „die Dienststelle“ durch die Wortfolge „die Regierung“ ersetzt.

Art. 64 - In Artikel 67 §2 Nummer 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge „der Dienststelle“ durch die Wortfolge „des für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständigen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ersetzt.

Art. 65 - In Artikel 83 §1 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt.

Art. 66 - In Artikel 2 Absatz 2 des Dekrets vom 25. Februar 2019 zur Anerkennung der deutschen Gebärdensprache wird die Wortfolge „Verwaltungsrats der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „Verwaltungsausschusses für selbstbestimmtes Leben“ ersetzt.

Art. 67 - Artikel 3 des Dekrets vom 14. Oktober 2019 zur Anerkennung von Assistenztieren und über die Zugangsrechte zu öffentlichen Orten von Personen in Begleitung eines Assistenztieres wird wie folgt abgeändert:

1. in Nummer 2 wird die Wortfolge „Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt;

2. Nummer 4 wird aufgehoben.

Art. 68 - In Artikel 6 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekrets wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt.

Art. 69 - In Artikel 7 §1 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „der Dienststelle“ durch die Wortfolge „der Regierung“ ersetzt.

Art. 70 - Artikel 8 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. im einleitenden Satz wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt;

2. in Nummer 1 wird die Wortfolge „Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt.

Art. 71 - In Artikel 4 Nummer 44 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen wird die Wortfolge „Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt.

Art. 72 - Artikel 21 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 Absatz 1 wird die Wortfolge „auf Vorschlag der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ gestrichen;

2. in §3 wird die Wortfolge „Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt.

Art. 73 - Artikel 3 Nummer 4 des Dekrets vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren wird aufgehoben.

Art. 74 - Artikel 15 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Die Regierung bestimmt den Unterstützungsbedarf auf Grundlage des BelRAI-Screeners und legt das Verfahren fest, gemäß dem dieser bestimmt wird.“

2. Absatz 3 wird aufgehoben.

Art. 75 - Artikel 44 Absatz 2 Nummer 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„1. der Regierung zwecks Bestimmung des Unterstützungsbedarfs im Rahmen des Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens;“

Art. 76 - Artikel 2 Nummer 2 des Dekrets vom 21. November 2022 zur Schaffung eines Beirats für Menschen mit Beeinträchtigung wird aufgehoben.

Art. 77 - In Artikel 5 §1 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „oder der Dienststelle“ gestrichen.

Art. 78 - Artikel 6 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 3 Nummer 3 wird die Wortfolge „der Dienststelle“ durch die Wortfolge „des für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständigen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ersetzt;

2. In §3 Absatz 2 wird das Wort „Dienststelle“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt.

KAPITEL 3 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 79 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Antonios
Antoniadis

Digital unterschrieben
von Antonios Antoniadis

Datum: 2023.06.08
10:47:54 +02'00'

Der Vize-Ministerpräsident
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister van Sociale Aangelegenheden is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het voorontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

**VOORONTWERP VAN DECREET TOT OPRICHTING VAN EEN DIENST MET AFZONDERLIJK BEHEER
"DIENST VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP VOOR ZELFBESCHIKKEND LEVEN" EN TOT
ONTBINDING VAN DE OVEREENKOMSTIGE INSTELLING VAN OPENBAAR NUT**

INHOUD

Dit decreet heeft tot doel een dienst met afzonderlijk beheer op te richten die de naam "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" zal dragen, en de overeenkomstige instelling van openbaar nut te ontbinden.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Bemerkingen bij de gevraagde adviezen.....	10
Bespreking van de artikelen	11
Voorontwerp	22

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Achtergrond

In 2021-2022 onderging de hoofdadministratie van de Duitstalige Gemeenschap een audit, waarbij de aandacht vooral ging naar de werking van het Ministerie. De auditoren hadden bovendien de opdracht advies uit te brengen over de raakvlakken tussen het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en de twee grootste instellingen van openbaar nut, zijnde de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap en de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven. Het auditrapport was de aanzet tot een administratieve hervorming, die sinds 2022 aan de gang is en ook bepaalde gevolgen inhoudt voor de instellingen van openbaar nut. Om de efficiëntie te vergroten en de administratie te vereenvoudigen, werden de diensten bevoegd voor personeelsbeheer, financiën en algemene IT-aangelegenheden van de drie overheidsinstanties in januari 2023 samengevoegd.

In het auditrapport werd bovendien voorgesteld, eveneens met het oog op een efficiëntieverhoging en administratieve vereenvoudiging, die twee instellingen van openbaar nut om te vormen tot diensten met afzonderlijk beheer, wat bovendien een recurrente financiële besparing van aanzienlijke omvang zou kunnen opleveren. De Regering nam nota van dat voorstel, maar besloot in de lente van 2022 om in de lopende legislatuurperiode geen concrete stappen te zetten in die richting maar in plaats daarvan prioriteit te geven aan andere aspecten van de administratieve hervorming.

In de zomer van 2022 werd ze echter geconfronteerd met een drastische verslechtering van de economische parameters als gevolg van de verschillende opeenvolgende crisissen van de voorbije jaren. Deze actuele economische ontwikkelingen, die een lange nasleep zullen kennen, maken ook in de openbare dienst aanzienlijke recurrente besparingen dringend noodzakelijk. Daarom wordt sinds de zomer opnieuw in alle bevoegdheidsgebieden van de Duitse Gemeenschap gezocht naar mogelijkheden om langdurig te besparen. Dat heeft onder andere geleid tot een wervings- en benoemingsstop in het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap. Om besparingsmaatregelen op het niveau van de personeelswedden te vermijden, zal er voor langdurige besparingen gezorgd moeten worden door de administratieve structuren aan te passen. Zo moet het aantal leidinggevenden in de drie administraties stapsgewijs verminderd worden. Ook de door de auditoren voorgestelde omvorming van de twee genoemde instellingen van openbaar nut in diensten met afzonderlijk beheer, die enkele maanden voordien tijdelijk uitgesteld werd, kwam daarbij weer in beeld.

Daarop besloot de Regering te starten met het proces tot omvorming van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven en de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap tot diensten met afzonderlijk beheer. De nieuwe structuren zouden tegen 1 januari 2024 in de startblokken moeten staan, zodat het effect van de besparingen al vanaf 2025 gevoeld kan worden.

Naast de financiële besparingen verwacht de Regering dat deze omvorming ook andere positieve effecten zal hebben op de openbare dienst van de Duitstalige Gemeenschap:

1. De middelen van de openbare dienst worden beter gebundeld. De reeds voltooide samenvoeging van de diensten voor IT, personeel en financiën kan dienen als voorbeeld voor andere overkoepelende taken waarin de beschikbare vakkrachten efficiënter worden ingezet. Daardoor kunnen schaalvoordelen ontstaan en wordt het tekort aan vakkrachten tegengegaan.

2. De randvoorwaarden voor de bevordering van de interne mobiliteit tussen de diensten worden beter. Dat zal het mogelijk maken gekwalificeerde medewerkers aan de openbare dienst als geheel te

binden en ontwikkelingsmogelijkheden te bieden die tot nog toe slechts in beperkte mate in hun organisatie aanwezig waren.

3. De omvorming zal de Duitstalige Gemeenschap in staat stellen een globalere aanpak te volgen voor de openbare dienstverlening aan de burgers.

4. Er ontstaan nieuwe mogelijkheden tot synergie-effecten in de dienstverlening van de drie instellingen van de openbare dienst van Ostbelgië, wat niet in de laatste plaats ook met het oog op toekomstige staatshervormingen van belang is.

Door de inwerkingtreding van dit decreet zal de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven als dienst met afzonderlijk beheer geen eigen rechtspersoonlijkheid meer hebben en bijgevolg niet meer beschikken over een raad van bestuur als hoogste beslissingsorgaan. Het nieuw opgerichte beheerscomité zal daarentegen de bevoegdheid krijgen advies uit te brengen over bepaalde aangelegenheden. Bovendien kan de Regering verregaande bevoegdheden op beslissingsniveau delegeren aan de afgevaardigde directie.

De taken en werkwijzen van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven moeten echter onaangeroerd blijven, in het bijzonder wat betreft de dienstverlening aan de burgers. De ambtenaren van de Dienst worden met alle rechten overgedragen aan de Duitstalige Gemeenschap en het contractuele personeel krijgt, eveneens met behoud van alle rechten, een arbeidsovereenkomst bij de Duitstalige Gemeenschap. Ten slotte wordt gewaarborgd dat de organisaties van het maatschappelijk middenveld verder betrokken blijven bij de besluitvorming.

Methodiek

De omvorming van een instelling van openbaar nut in de zin van artikel 87 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap tot een dienst met afzonderlijk beheer in de zin van artikel 74 van hetzelfde decreet vereist een aantal formele stappen die in de juiste volgorde moeten plaatsvinden.

Deze vereiste vloeit in het bijzonder voort uit het beginsel van de scheiding der machten. De oprichting van een instelling van openbaar nut die een eigen rechtspersoonlijkheid heeft, los van de hoofdadministratie, behoort uitsluitend tot de bevoegdheid van de decreetgever¹, maar hetzelfde geldt niet voor de oprichting van een dienst met afzonderlijk beheer: het Parlement heeft alleen de bevoegdheid om van een bestaande dienst een dienst met afzonderlijk beheer te maken; de invulling en de organisatie van die dienst (taken, structuren, personeelsaangelegenheden) vallen daarentegen uitsluitend onder de bevoegdheid van de uitvoerende macht².

Dat blijkt uit bestendige rechtspraak van de Raad van State. Bijvoorbeeld bij de oprichting van de dienst met afzonderlijk beheer Service en Logistiek in het Gemeenschapsonderwijs zei de Raad van State het volgende over het toenmalige voorontwerp van decreet, dat uiteindelijk grondig herwerkt moest worden en heeft geleid tot het decreet van 25 maart 2013 tot oprichting van een dienst met afzonderlijk beheer "Service en Logistiek in het Gemeenschapsonderwijs".³

"L'article 1er de l'avant-projet de décret institue un service à gestion séparée tel que défini à l'article 74 du décret du 25 mai 2009 'relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone'.

Selon l'article 74 du décret du 25 mai 2009 précité,

« Les services de la Communauté dont la gestion est séparée de la gestion des services de l'Administration générale en vertu d'une loi ou d'un décret sont appelés services à gestion séparée.

¹ Artikel 9, tweede lid, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, van toepassing op grond van artikel 5, § 1, van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap.

² Artikel 87, § 1, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, van toepassing op grond van artikel 54, eerste lid, van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap.

³ Advies van de Raad van State nr. 52.337/2 van 28 november 2012, *Parlementaire Stukken*, zittingsperiode 2012-2013, nr. 144/1, p. 9-10.

Le service à gestion séparée est soumis au contrôle hiérarchique du Ministre compétent ».

Il résulte de cette disposition qu'une intervention du législateur est requise pour désigner les services soumis au régime organisé par les articles 73 à 85 du même décret.

Pour tout ce qui n'est pas couvert par ces dispositions décrétales, c'est au Gouvernement qu'il appartient de régler les attributions, l'organisation et le fonctionnement des services érigés en services à gestion séparée, puisqu'il s'agit de services du pouvoir exécutif, auxquels s'applique l'article 87 de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, et dont la gestion ne se distingue de celle des autres services de l'administration générale que sur le plan de la technique budgétaire et comptable.

Le seul pouvoir du législateur consiste à désigner le ou les services qu'il entend ériger en services à gestion séparée.

Dès lors qu'il est opté pour le régime organisé par les articles 73 à 85 du décret du 25 mai 2009 précité, il n'appartient pas au législateur :

- de créer ex nihilo un service dénommé « Service et Logistique dans l'enseignement communautaire » et d'en définir les missions, comme le font les articles 1er et 2 de l'avant-projet de décret ;

- de s'immiscer, comme le font les articles 3 à 7 de l'avant-projet de décret, dans la gestion et le fonctionnement du service concerné et, par conséquent, dans les pouvoirs que le Gouvernement tient de l'article 87 de la loi spéciale du 8 août 1980 précitée.

Par conséquent, les articles 2 à 7 de l'avant-projet de décret doivent être omis.

En outre, la création, par arrêté du Gouvernement, d'un service dénommé « Service et Logistique dans l'enseignement communautaire », au sein du ministère de la Communauté germanophone, doit précéder l'adoption de la disposition décrétales érigeant ce service en service à gestion séparée (article 1er de l'avant-projet de décret)."

Dientengevolge zijn voor de oprichting van een dienst met afzonderlijk beheer minstens twee stappen nodig. Omdat het hier gaat om de omvorming van een instelling van openbaar nut, waarbij de nieuw opgerichte dienst met afzonderlijk beheer de taken van die instelling nagenoeg identiek overneemt, is er ook een derde stap vereist. De stappen moeten elkaar chronologisch opvolgen, maar kunnen gelijktijdig op een gemeenschappelijke richtdatum in werking treden.

Stap 1

In een eerste stap moet op het niveau van de hoofdadministratie van de Duitstalige Gemeenschap bij regeringsbesluit een 'gewone' interne dienst opgericht worden (zie laatste alinea van het uittreksel uit het voornoemde advies van de Raad van State). Dat is reeds gebeurd bij het besluit van de Regering van 2 maart 2003 tot oprichting van de dienst genaamd Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven. Daarbij gaat het om een formele handeling die (nog) niet tot doel heeft de gelijknamige instelling van openbaar nut te ontbinden of te vervangen. Het gaat eerder om een 'lege huls' die aan het einde van de weg de dienst met afzonderlijk beheer moet worden.

Stap 2

In een tweede stap is de decreetgever aan zet. Daartoe dient dit ontwerp van decreet. Het staat aan het Parlement in dit geval, naast de aanwijzing van de in stap 1 genoemde dienst als dienst met afzonderlijk beheer (punt 1), ook een reeks bepalingen aan te nemen die verband houden met de ontbinding van de instelling van openbaar nut (punt 2). Laatstgenoemde substap was overigens niet nodig bij de oprichting van de dienst met afzonderlijk beheer Service en Logistiek in het Gemeenschapsonderwijs.

1. Oprichting van een dienst met afzonderlijk beheer: Deze stap wordt voltrokken door een enig artikel (artikel 1 van dit ontwerp van decreet). Het enige dat wordt bepaald, is dat de dienst die wordt opgericht bij het besluit van de Regering van 2 maart 2023 een dienst met afzonderlijk beheer wordt. Formeel beschouwd is dat overeenkomstig de rechtspraak van de Raad van State de enige bevoegdheid die de decreetgever heeft bij de oprichting van diensten met afzonderlijk beheer.

2. Ontbinding van de instelling van openbaar nut: Omdat de in punt 1 opgerichte dienst met afzonderlijk beheer op een zekere manier de instelling van openbaar nut Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven moet vervangen en die instelling van openbaar nut ontbonden moet worden, zijn er bijkomende stappen vereist:

2.1 De instelling van openbaar nut moet officieel ontbonden worden (artikel 2 van dit ontwerp van decreet). Dat wordt ook omgezet in het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, door hoofdstuk 2, dat artikel 5 omvat, op te heffen (artikel 8 van dit ontwerp van decreet).

2.2 De publiekrechtelijke rechtspersoon Duitstalige Gemeenschap treedt daarop in de rechten van de instelling (artikel 3 van dit ontwerp van decreet). Hij neemt de rechten, plichten, goederen en lasten van die instelling over. Immers, de instelling van openbaar nut had een eigen rechtspersoonlijkheid, die los stond van de publiekrechtelijke rechtspersoon Duitstalige Gemeenschap.⁴ Door de genoemde bepaling gaat die rechtspersoonlijkheid van de instelling van openbaar nut op in de rechtspersoonlijkheid van de Duitstalige Gemeenschap.

2.3 De bij de instelling van openbaar nut tewerkgestelde ambtenaren en andere personeelsleden worden van ambtswege overgenomen als personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap (artikel 4 van dit ontwerp van decreet). Het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap is immers de administratieve overheid die gevormd wordt door de publiekrechtelijke rechtspersoon Duitstalige Gemeenschap.⁵⁻⁶ Bij de overdracht van de betrokken personeelsleden wordt bij decreet gewaarborgd dat hun dienstgraad of een gelijkwaardige dienstgraad en hun hoedanigheid overgenomen worden (het zogenaamde rugzakprincipe). Ze behouden ten minste de bezoldiging en de anciënniteit die zij hebben of verkregen zouden hebben indien ze de functie die ze op het tijdstip van de overdracht bekleden, verder zouden uitoefenen bij hun oorspronkelijke dienst. In een volgende stap zullen deze personeelsleden door de directieraad van het Ministerie toegewezen worden aan de nieuwe dienst met afzonderlijk beheer die opgericht wordt door punt 1⁷.

2.4 Het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven zal daarentegen zelfs na de ontbinding van de instelling van openbaar nut niet volledig opgeheven worden. Dat decreet bevat immers niet alleen de bepalingen betreffende de oprichting en de organisatie van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, maar ook inhoudelijke voorschriften inzake zelfbeschikkend leven die op dit moment geformuleerd zijn in de vorm van opdrachten van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven. Er is bijvoorbeeld bepaald dat die Dienst instaat voor de erkenning van dienstverrichters (artikel 12 van het decreet) en uit dat artikel blijkt ook dat dienstverrichters hun

⁴ Rechtspersoonlijkheid van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven: artikel 5, tweede lid, van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven; Vgl. rechtspersoonlijkheid van de Duitstalige Gemeenschap: artikel 2 van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap.

⁵ Het staatsrechtelijke begrip is 'administratie' of 'diensten van de Regering' (zie artikel 87 van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen en artikel 54 van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap). De naam 'Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap' werd vastgelegd bij een besluit van de Executieve van 27 februari 1991 tot benaming van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

⁶ De Regering vertegenwoordigt immers in de regel de publiekrechtelijke rechtspersoon Duitstalige Gemeenschap in en buiten rechte (artikel 82 van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, van toepassing op grond van artikel 51 van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap). Een uitzondering hierop vormen de gevallen waarin "het Parlement bevoegd is voor het voorwerp van het geschil of van de handeling", dan vertegenwoordigt het Parlement de publiekrechtelijke rechtspersoon Duitstalige Gemeenschap (artikel 48bis van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, van toepassing op grond van artikel 44, eerste lid, van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap).

⁷ Artikel 10.4 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren.

activiteit pas mogen opnemen nadat ze een erkenning verkregen hebben. Dat laatste aspect moet decretaal verankerd blijven. Het decreet van 13 december 2016 moet derhalve grondig herzien worden, in het bijzonder wat de volgende zaken betreft:

2.4.1 Logischerwijze moet het opschrift van het decreet van 13 december 2016 vervangen worden. Het decreet zal niet meer gaan over de oprichting en de organisatie van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, maar hoofdzakelijk bepalingen van inhoudelijke aard bevatten. Daarom werd als nieuw opschrift gekozen voor "Decreet houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven".

2.4.2 Op grond van het eerder vermelde beginsel van de scheiding der machten mogen de taken die de instelling van openbaar nut tot nog toe vervuld heeft, niet rechtstreeks door het Parlement 'overgeheveld' worden naar de dienst met afzonderlijk beheer. Eerst moet de Regering als executief orgaan met deze taken belast worden. Daarom wordt in het hoofdstuk betreffende de taken overal het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering".

2.4.3 De Regering moet echter de mogelijkheid krijgen in een derde stap (zie hierna) de taken die haar bij decreet toegewezen werden, over te dragen aan de dienst met afzonderlijk beheer. Daartoe is – wederom vanuit het oogpunt van de scheiding der machten – alleen zij bevoegd. Om ook relatief verregaande overdrachten mogelijk te maken, moeten de volmachten geregeld worden in een artikel (artikel 23 van dit ontwerp van decreet). Dat artikel machtigt de Regering om de taken die aan haar toevertrouwd worden door het decreet van 13 december 2016 en de uitvoeringsbepalingen ervan, met inbegrip van de beslissingsbevoegdheden, over te dragen aan diensten of gemachtigde personeelsleden.

2.4.4 De in hoofdstuk 4 van het decreet van 13 december 2016 genoemde bijzondere organen van de instelling van openbaar nut hebben na de ontbinding van die instelling geen rechtsgrondslag meer. Afgezien van het feit dat vele daarvan niet bedoeld zijn voor diensten met afzonderlijk beheer⁸, staat het op grond van het voornoemde beginsel van de scheiding der machten niet aan de decreetgever de interne beslissingsorganen van een dienst met afzonderlijk beheer te organiseren. Hoe dan ook beschikt het Parlement niet over de bevoegdheid om bij decreet en los van een dienst met afzonderlijk beheer verschillende adviesorganen te creëren en hun opdrachten en werkwijze te bepalen. Het staat de decreetgever bijgevolg vrij de raad van bestuur van de instelling van openbaar nut om te vormen tot een op zichzelf staand orgaan dat het "beheerscomité" genoemd wordt, waarbij wordt benadrukt dat dit orgaan niet als intern beslissingsorgaan van de dienst met afzonderlijk beheer fungeert of mag fungeren. Toch is het de bedoeling dat dit orgaan nauw zal samenwerken met de dienst met afzonderlijk beheer. Hetzelfde geldt voor het gespecialiseerd adviesorgaan en de conferenties van dienstverrichters, die niet meer zullen werken als organen van de instelling van openbaar nut, maar als organen die onafhankelijk zijn van de dienst met afzonderlijk beheer.

2.4.5 De bepalingen betreffende het personeel en de financiën van de instelling van openbaar nut zullen – wederom op grond van het voornoemde beginsel van de scheiding der machten – opgeheven moeten worden.

2.4.6 De herziening van het decreet van 13 december 2016 wordt aangegrepen om hoofdstuk 7 "Vertrouwelijkheid en bescherming van persoonsgegevens" aan te passen aan de nieuwe randvoorwaarden (in het bijzonder de Europese Verordening Gegevensbescherming).

2.5 Tot slot zullen ook alle andere taken die in decreten en andere wetgevende teksten van de Duitstalige Gemeenschap toegewezen werden aan de instelling van openbaar nut, om de redenen die aangehaald worden in punt 2.4.2, in de toekomst overgedragen moeten worden aan de Regering. Ook hier is het de bedoeling – zoals uitgelegd in punt 2.4.3 – dat de taken bij regeringsbesluit worden 'overgeheveld' naar de dienst met afzonderlijk beheer. Ook in andere decreten en wetgevende teksten van de Duitstalige Gemeenschap worden de daarin bepaalde vertegenwoordigingen van de instelling van openbaar nut in bestaande organen aangepast.

⁸ De raad van bestuur is het orgaan dat de instelling van openbaar nut beheert (artikel 87, § 1, derde lid, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap). Diensten met afzonderlijk beheer hebben geen raad van bestuur (zie artikel 74 van hetzelfde decreet).

Stap 3

In een derde stap is het opnieuw aan de Regering. Bij regeringsbesluit moet gepreciseerd worden welke taken toevertrouwd worden aan de bij decreet opgerichte dienst met afzonderlijk beheer. Om praktische redenen zal dat gebeuren door wijziging van het in stap 1 genoemde besluit van de Regering van 2 maart 2023 tot oprichting van de dienst genaamd Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven. Concreet wordt de takenlijst zo opgesteld dat verwezen wordt naar de afzonderlijke opdrachten die in stap 2 bij decreet toegewezen werden aan de Regering. Daarmee is de cirkel rond: de taken van de instelling van openbaar nut die bij decreet toegewezen werden aan de Regering, worden in deze laatste stap weer toegewezen aan de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven in zijn hoedanigheid van dienst met afzonderlijk beheer.

Tegelijkertijd zal de Regering door wijziging van het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, aan het leidinggevende niveau van de dienst met afzonderlijk beheer een reeks volmachten toekennen om de voortzetting van de operationele dagelijkse werking te verzekeren.

Tot slot zal dit regeringsbesluit ook een aantal andere besluiten moeten wijzigen of vervangen. Om te beginnen moeten de verwijzingen naar de instelling van openbaar nut verdwijnen uit verscheidene uitvoeringsbepalingen. Daarbij gaat het in het bijzonder om bepalingen betreffende de rechtspositie die berusten op artikel 102, § 1, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap⁹. Daarnaast zijn er besluiswijzigingen noodzakelijk, bijvoorbeeld wanneer in bepalingen taken toegewezen worden aan de raad van bestuur van de instelling van openbaar nut, moeten deze verwijzingen vervangen worden door verwijzingen naar de bevoegde Minister. Waar nodig zal vastgelegd worden dat beslissingen genomen moeten worden op grond van een advies van het bij decreet opgerichte beheerscomité. De taken van de Minister zullen wederom bij volmacht overgedragen kunnen worden aan het leidinggevende niveau van de dienst met afzonderlijk beheer.

Inwerkingtreding

Het is de bedoeling dat de bepalingen genoemd in de stappen 1, 2 en 3 tegelijkertijd in werking treden op 1 januari 2024, zodat de dienst met afzonderlijk beheer Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven vanaf die datum volledig handelingsbevoegd is en de continuïteit van de dienstverlening verzekerd is.

OPMERKINGEN BIJ DE GEVRAAGDE ADVIEZEN

De raad van bestuur van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven heeft op 31 maart 2023 een advies over dit ontwerp van decreet opgesteld. De Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft op 25 april 2023 een advies over dit ontwerp van decreet opgesteld.

Die adviezen hebben tot de volgende wijzigingen geleid: Enerzijds werd in het toekomstige artikel 24, § 1.1, eerste lid, van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven bepaald dat het beheerscomité voortaan ook een halfjaarlijks verslag inzake klachtenbeheer ontvangt. Anderzijds werd in de toekomstige paragraaf 2 van hetzelfde artikel bepaald dat het beheerscomité ook op eigen initiatief voorstellen of

⁹ "De Regering bepaalt het statuut van de personeelsleden en de personeelsformatie van de instellingen van openbaar nut."

aanbevelingen kan doen om het aanbod inzake zelfbeschikkend leven en de bijbehorende raamvoorwaarden aan te passen. Er kan worden ingegaan op het voorstel van de raad van bestuur van de Dienst voor zelfbeschikkend leven om de bepalingen inzake bescherming van de persoonsgegevens later, na ontvangst van het advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit, zo nodig te herzien.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

Met dit artikel wordt de dienst met afzonderlijk beheer Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven in het leven geroepen. Een decretale grondslag is een basisvoorwaarde voor een dienst met afzonderlijk beheer overeenkomstig artikel 74 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap. Om de betreffende dienst te identificeren, werd een verwijzing opgenomen naar het besluit van de Regering van 2 maart 2023 tot oprichting van de dienst genaamd Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, waarbij de dienst als nieuwe dienst binnen het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap wordt opgericht.

Artikel 2

Dit artikel voorziet in de ontbinding van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven als instelling van openbaar nut.

Artikel 3

Artikel 3 regelt de rechtsopvolging van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven door te bepalen dat de publiekrechtelijke rechtspersoon Duitstalige Gemeenschap in diens rechten treedt. Deze bepaling zorgt voor continuïteit in de vervulling van de opdrachten van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven wanneer die wordt omgevormd tot een dienst met afzonderlijk beheer.

Artikel 4

Dit artikel regelt de overname van het betrokken personeel. Een zo groot mogelijke continuïteit wordt gewaarborgd.

Artikel 5

Artikel 5 vervangt het opschrift van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

Artikel 6

Artikel 6 voert in artikel 1 van het decreet van 13 december 2016 een technische wijziging uit die nodig is op grond van de omvorming.

Artikel 7

Artikel 7 actualiseert de definities die opgenomen zijn in artikel 3 van het decreet van 13 december 2016. Zo wordt de definitie van "Dienst" geschrapt en wordt er een definitie toegevoegd voor de begrippen "BelRAI-screener" en "Algemene Verordening Gegevensbescherming". Daarbij gaat het om technische aanpassingen die parallel met de omvorming van de Dienst plaatsvinden, maar er geen direct verband mee houden.

Bovendien wordt verklaard wat er moet worden verstaan onder het "eensluidend advies" dat de Regering volgens het toekomstige artikel 24 van het decreet van 13 december 2016 in verschillende situaties bij het beheerscomité moet aanvragen. Daarbij moet er in het bijzonder op gelet worden dat een dergelijk advies binnen een bepaalde termijn afgegeven moet worden en aan bepaalde vormeisen

moet voldoen. De formele juistheid is vereist aangezien eensluidende adviezen overeenkomstig de bestendige rechtspraak van de Raad van State gelden als een "bezwarende handeling". Dat betekent dat deze adviezen over dezelfde kwaliteitskenmerken moeten beschikken als de gewone administratieve beslissingen. Daarbij is in het bijzonder belangrijk dat de externe wettigheid (bevoegdheid van de steller en inachtneming van de vormvoorschriften, bijvoorbeeld de schriftelijkheidsvereiste, datumvermelding en ondertekening) en de interne wettigheid (toelaatbaar voorwerp, materiële en formele motivering in rechte en in feite en de legitimiteit van het doel) nagekomen worden. Of de eensluidende adviezen worden afgegeven binnen de gestelde termijn, zal in de meeste gevallen af te leiden zijn uit de bepalingen van het besluit of het decreet. In de gevallen waarin geen bindende termijn is vastgesteld, vindt artikel 8 van het programmadecreet van 21 maart 2005 toepassing. Dat artikel stelt dat de Regering bij gebrek aan specifieke bepalingen bij de aanvraag van een extern advies zelf een termijn kan opgeven waarbinnen het advies afgegeven moet worden. Die termijn moet echter ten minste dertig dagen bedragen. Als het gevraagde advies niet binnen de opgegeven termijn wordt uitgebracht, wordt het geacht gunstig te zijn.

Artikel 8

Artikel 8 heft hoofdstuk 2 "Oprichting van de Dienst" van het decreet van 13 december 2016 op.

Artikel 9

Door artikel 9 wordt het opschrift van hoofdstuk 3 van het decreet van 13 december 2016 technisch aangepast.

Artikelen 10 tot 20

Grondwettelijk gezien is de bevoegdheidsverdeling tussen de Regering en het Parlement zo geregeld dat alleen de uitvoerende macht bevoegd is voor de uitwerking van de taken van diensten met afzonderlijk beheer. De wetgever is slechts bevoegd om een dienovereenkomstige rechtsgrond voor deze uitwerking te creëren.

De artikelen 10 tot 20 van dit voorontwerp van decreet passen hoofdstuk 3 van het decreet van 13 december 2016 zodanig aan dat dit beginsel van de scheiding der machten wordt nageleefd. Daartoe worden de verwijzingen naar de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven als instelling van openbaar nut vervangen door verwijzingen naar de Regering.

Bovendien wordt de verouderde benaming "rust- en verzorgingstehuizen" vervangen door de correcte benaming "woonzorgcentra voor ouderen". Daarbij gaat het om een technische aanpassing die parallel met de omvorming van de dienst plaatsvindt, maar er geen direct verband mee houdt.

Artikel 21

Artikel 21 past het opschrift van hoofdstuk 3, afdeling 5, van het decreet van 13 december 2016 aan aan de inhoud van die afdeling.

Artikel 22

Artikel 22 heft artikel 18, § 2, van het decreet van 13 december 2016 op.

Artikel 23

Artikel 23 vervangt artikel 19 van het decreet van 13 december 2016, dat de Regering de mogelijkheid bood de Dienst voor zelfbeschikkend leven te belasten met aanvullende opdrachten, door een artikel dat voorziet in de mogelijkheid tot bevoegdheidsdelegatie.

Dat artikel biedt de Regering uitdrukkelijk de mogelijkheid om ook verregaande taken toe te wijzen aan diensten of gemachtigde personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap. Deze bepaling zal in het bijzonder dienen om de taken die door dit voorontwerp van decreet aan de Regering moesten worden overgedragen (cf. supra), toe te wijzen aan de dienst met afzonderlijk beheer.

Artikel 24

Artikel 24 vervangt het opschrift van hoofdstuk 4 van het decreet van 13 december 2016.

Artikel 25

Artikel 25 vervangt het opschrift van hoofdstuk 4, afdeling 1, van het decreet van 13 december 2016, dat alleen de benaming "raad van bestuur" bevat, door de nieuwe benaming "beheerscomité".

Artikel 26

Artikel 26 richt het beheerscomité inzake zelfbeschikkend leven op, dat conceptueel in de plaats treedt van de voormalige raad van bestuur.

Artikel 27

Naast de terminologische aanpassingen die noodzakelijk zijn door de verandering van naam van het orgaan, voert artikel 27 ook een verandering van de samenstelling van het beheerscomité door.

Artikel 28

Artikel 28 vervangt de oude benaming "raad van bestuur" door de nieuwe benaming "beheerscomité". De terminologie om de dienst aan te duiden, wordt aangepast aan de nieuwe omstandigheden. Er wordt ook een verwijzing geactualiseerd, wat nodig is omdat de samenstelling van artikel 20 van het decreet van 13 december 2016 werd gewijzigd.

Artikel 29 en 30

Deze artikelen vervangen de oude benaming "raad van bestuur" door de nieuwe benaming "beheerscomité".

Artikel 31

Artikel 31 brengt verscheidene wijzigingen aan in artikel 24 van het decreet van 13 december 2016, dat de taken van de raad van bestuur, oftewel het beheerscomité, vastlegt. Anders dan de raad van bestuur in een instelling van openbaar nut en overeenkomstig het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap heeft het toekomstige beheerscomité geen beslissingsbevoegdheid. Het moet echter bij decreet de mogelijkheid krijgen beslissend mee te werken. Zo wordt ervoor gezorgd dat het beheerscomité in de toekomst een eensluidend advies moet afgeven voor de meeste werkterreinen waarin de raad van bestuur voordien beslissingsbevoegdheid had. Dat betekent dat de mogelijkheden van de Regering beperkt zijn tot ofwel een besluit nemen dat aansluit bij het advies van het beheerscomité, waaraan eventueel voorwaarden verbonden kunnen

zijn, ofwel helemaal geen besluit nemen. Op andere gebieden – bijvoorbeeld bij de aanpassing van het statuut of bij de aanpassing van decreten en besluiten inzake zelfbeschikkend leven – volstaat een gewoon advies.

Artikel 32

In artikel 32 worden de basiselementen vastgelegd die het toekomstige huishoudelijk reglement van het beheerscomité moet bevatten. Naast de gewoonlijke organisatorische aspecten moet in het bijzonder geregeld worden hoe de Regering en het beheerscomité efficiënt kunnen samenwerken bij dossiers met onzekere uitkomst.

Artikelen 33 tot 38

De artikelen 33 tot 38 brengen terminologische en technische aanpassingen tot stand die noodzakelijk zijn in het kader van de omvorming van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven tot een dienst met afzonderlijk beheer. Zo wordt – voor zover het gaat om het gespecialiseerd adviesorgaan – de benaming "raad van bestuur" telkens vervangen door de benaming "beheerscomité" en wordt het bevoegdheidsgebied van de dienst anders geformuleerd.

Artikel 39

Artikel 39 heft hoofdstuk 4, afdeling 4, van het decreet van 13 december 2016 op. De op te heffen afdeling bevat bepalingen over de afgevaardigd directeur, het personeel en het toe te passen pensioenstelsel, die voortaan op grond van het beginsel van de scheiding der machten uitsluitend op besluitniveau vastgelegd moeten worden.

Artikel 40

Artikel 40 vervangt in artikel 36 van het decreet van 13 december 2016 het begrip "Dienst" door het begrip "Regering". Ook deze technische aanpassing is toe te schrijven aan het feit dat de Dienst door de omvorming niet meer over een eigen rechtspersoonlijkheid beschikt en dat de Regering als uitvoerende macht in zijn plaats treedt.

Artikel 41

Artikel 41 vervangt hoofdstuk 7 "Vertrouwelijkheid en bescherming van persoonsgegevens" door een geactualiseerde versie van de bepalingen inzake gegevensbescherming. Daardoor worden de rechtsgrondslagen van de gegevensverwerking aangepast aan de geldende normen.

Het herziene hoofdstuk 7 bevat de artikelen 41 tot 47.1 van het decreet van 13 december 2016.

- Het nieuwe *artikel 41* schrijft een vertrouwelijke behandeling van de gegevens voor. Voor zover er geen andersluidende wettelijke of decretale bepalingen van toepassing zijn, moeten alle andere personen die bij de uitvoering van dit ontwerp van decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die aan hen toevertrouwd worden bij de vervulling van hun taken, vertrouwelijk behandelen.

- Het nieuwe *artikel 42* legt een verplichting om samen te werken op die stelt dat de dienst die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven, zijn taken moet uitvoeren in samenwerking met alle betrokken instellingen, als dat in het belang is van de gebruiker.

- De nieuwe versie van *artikel 43* stelt de Regering – en dus de dienst – in staat persoonsgegevens te verwerken bij de uitvoering van de opgelegde taken. Het artikel bepaalt dat de Regering en in

sommige gevallen dienstverrichters die instaan voor de in artikel 12 genoemde ondersteuningsmaatregelen voor kinderen, jongeren of volwassenen, verantwoordelijk zijn voor de verwerking van deze gegevens. Deze gegevensverwerking berust op de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

- *Artikel 44* legt de grondslag voor de verwerking van gezondheidsgerelateerde gegevens. In het bijzonder voor de gezondheidsgegevens moeten het medisch geheim en de wet betreffende de rechten van de patiënt in acht genomen worden. Behalve in de uitzonderlijke gevallen bedoeld in artikel 34 van de wet van 30 juli 2018 betreffende de bescherming van natuurlijke personen met betrekking tot de verwerking van persoonsgegevens, is de verwerking van gezondheidsgegevens niet toegestaan zonder bijzondere grondslag. In het kader van dit ontwerp van decreet is het belangrijk medische gegevens te kunnen verwerken, aangezien de Dienst zijn taken ten behoeve van de verschillende doelgroepen anders niet naar behoren zou kunnen uitvoeren. Bijgevolg is dit artikel van het ontwerp van decreet in overeenstemming met de uitzonderingen bepaald in artikel 34, § 1, 1° en 2°, van de voornoemde wet van 30 juli 2018.

- *Artikel 45* somt de gegevenscategorieën op die verwerkt mogen worden. De gegevensverwerking is slechts toegestaan voor bepaalde gebruiksdoeleinden en mag alleen uitgevoerd worden door de genoemde actoren.

- *Artikel 46* voorziet in de mogelijkheid de gegevens te verwerken voor statistische en analytische doeleinden. De gegevens die verzameld werden overeenkomstig de artikelen 6 en 17, kunnen gebruikt worden voor de verwerking van statistische gegevens en analyses, en ook om de behoeften te analyseren en de dienstverlening en maatregelen voor gebruikers te evalueren. Het is bijvoorbeeld nuttig te weten welke ondersteuningsbehoeften hoe vaak voorkomen.

In het artikel wordt het principe vastgelegd dat voor dit doeleinde geanonimiseerde en gepseudonimiseerde gegevens gebruikt moeten worden. Longitudinale analyses en complexe vraagstellingen vereisen de koppeling en kruising van verschillende datasets uit verschillende perioden. Dat vereist een technische koppeling aan de persoon als statistische eenheid, zonder dat het echter nodig is de individuele persoon te identificeren. Dat rechtvaardigt het gebruik van gepseudonimiseerde gegevens in plaats van geanonimiseerde gegevens.

- *Artikel 47* regelt de bewaartermijn voor de verschillende gegevenscategorieën.

- *Artikel 47.1* verplicht de Regering en de dienstverrichters ertoe gepaste veiligheidsmaatregelen te nemen bij de verwerking van de in artikel 45 genoemde gegevens.

Artikel 42

Artikel 42 heft artikel 48 van het decreet van 13 december 2016 op, aangezien het nutteloos geworden bepalingen bevat betreffende de financiële middelen van de Dienst.

Artikel 43

Artikel 43 vervangt de oude benaming "raad van bestuur" door de nieuwe benaming "beheerscomité".

Artikel 44

Artikel 44 vervangt in artikel 50 van het decreet van 13 december 2016 het begrip "Dienst" door het begrip "Regering". Ook deze technische aanpassing is toe te schrijven aan het feit dat de Dienst

door de omvorming niet meer over een eigen rechtspersoonlijkheid beschikt en dat de Regering in zijn plaats treedt.

Artikel 45

Artikel 45 heft een achterhaalde overgangsbepaling in artikel 79.1 van het decreet van 13 december 2016 op.

Artikel 46

Artikel 46 wijzigt de in artikel 200, § 2, van het Waals Wetboek van Duurzaam Wonen opgenomen lijst van de leden van de Adviesraad voor Huisvesting en Energie zodanig dat de vertegenwoordiger van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven wordt aangepast aan de organische omstandigheden. De benaming "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" wordt vervangen door de formulering "dienst van de Duitstalige Gemeenschap die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven".

Artikel 47

Door artikel 47 wordt in artikel 5, § 1, 4°, van het koninklijk besluit nr. 474 van 28 oktober 1986 tot opzetting van een stelsel van door de Staat gesubsidieerde contractuelen bij sommige plaatselijke besturen de benaming van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven aangepast aan de organische omstandigheden.

Artikel 48

Door artikel 48 wordt in artikel 93.24, § 1, van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen, waarin de samenstelling van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften wordt vastgelegd, de benaming "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door "dienst van de Duitstalige Gemeenschap die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven".

Artikel 49

Door artikel 49 wordt in artikel 98.2, § 2, van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen, de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven vervangen door de Regering.

Artikel 50

Artikel 50 heft artikel 40 van het decreet van 18 maart 2022 betreffende de Infrastructuur op, omdat dat artikel aan de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven taken toevertrouwt die de Regering na de omvorming van die Dienst tot een dienst met afzonderlijk beheer formeel beschouwd zelf uitvoert.

Artikel 51

Artikel 51 past de definitie van een sportbeoefenaar met ondersteuningsbehoefte in artikel 3, 5°, van het sportdecreet van 19 april 2004 aan de nieuwe organische hoedanigheid van de dienst aan, zodat op decretaal niveau niet meer verwezen wordt naar de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap

voor zelfbeschikkend leven, maar wel naar het toepassingsgebied van het decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven.

Artikel 52

Door artikel 52 wordt in artikel 24, derde lid, 4°, van het decreet van 23 maart 2009 betreffende de organisatie van het deeltijdse kunstonderwijs de omschrijving van leerlingen met een handicap die een gereduceerd inschrijvingsgeld betalen, geactualiseerd door te verwijzen naar het decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven.

Artikel 53

Artikel 53 vervangt in artikel 6, tweede lid, van het decreet van 11 mei 2009 over het Centrum voor bevorderingspedagogiek, ter verbetering van de gespecialiseerde pedagogische ondersteuning in de gewone en gespecialiseerde scholen, evenals ter aanmoediging van de ondersteuning van leerlingen met een beperking of met aanpassings- of leermoeilijkheden in de gewone en gespecialiseerde scholen, de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven door de Regering.

Artikel 54

Artikel 54 vervangt in artikel 7, § 1, 7°, van het decreet van 11 mei 2009 over het Centrum voor bevorderingspedagogiek, ter verbetering van de gespecialiseerde pedagogische ondersteuning in de gewone en gespecialiseerde scholen, evenals ter aanmoediging van de ondersteuning van leerlingen met een beperking of met aanpassings- of leermoeilijkheden in de gewone en gespecialiseerde scholen, de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven als instelling van openbaar nut door de dienst van het Ministerie die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven.

Artikel 55

Artikel 87, § 2, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap bevat een lijst van de instellingen van openbaar nut die actief zijn voor de Duitstalige Gemeenschap. Artikel 55 heft artikel 87, § 2, 2°, waarin de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven wordt genoemd, op.

Artikel 56

Artikel 56 vervangt in artikel 3, 11°, van het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit, dat de instellingen die belast zijn met de socioprofessionele oriëntering, definieert, de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" door het woord "Regering".

Artikel 57

Artikel 57 past de samenstelling van de Raad voor Gezinsbijslagen, die is vastgelegd in artikel 79 van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen, aan de omvorming van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven tot een dienst met afzonderlijk beheer. Aangezien de dienst als orgaan kan worden ondergebracht bij de hoofdadministratie van het Ministerie, kunnen § 1, tweede lid, 2°, en § 1, tweede lid, 3°, samengevoegd worden.

In § 3, tweede lid, wordt de tweede zin opgeheven aangezien hij door de samenvoeging van de bepaling onder 2° en de bepaling onder 3° onbruikbaar geworden is.

Artikel 58

Artikel 58 actualiseert bij de definities in artikel 2 van het decreet van 15 oktober 2018 betreffende de niet-openbare en openbare elektronische communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied het opschrift van het decreet van 13 december 2016 in de bepalingen onder 11° en 12°.

Artikel 59

Artikel 59 actualiseert in artikel 19, tweede lid, 2°, van het decreet van 15 oktober 2018 betreffende de niet-openbare en openbare elektronische communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied het opschrift van het decreet van 13 december 2016.

Artikel 60

Door artikel 60 wordt het tweede lid van artikel 24 van het decreet van 15 oktober 2018 betreffende de niet-openbare en openbare elektronische communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied opgeheven. Dat lid, dat bepaalt dat de toezichtverslagen van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven aan de Regering bezorgd moeten worden, heeft geen zin meer na de omvorming van die Dienst tot een dienst met afzonderlijk beheer. Het is echter de bedoeling dat deze verslagen in de toekomst ter kennisgeving aan het beheerscomité bezorgd worden.

Artikel 61

Door artikel 61 worden de definities in artikel 4 van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg aangepast. Zo wordt de bepaling onder 7°, waarin het begrip "Dienst" wordt gedefinieerd, opgeheven en wordt in de bepaling onder 32° het opschrift van het decreet van 13 december 2016 geactualiseerd.

Artikel 62

Artikel 62 vervangt de Dienst door de Regering in artikel 37, § 2, eerste lid, van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg.

Artikel 63

Door artikel 63 wordt in artikel 63, eerste lid, van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg het opschrift van het decreet van 13 december 2016 geactualiseerd.

Bovendien vervangt artikel 63 de Dienst door de Regering.

Artikel 64

In artikel 67 van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg, wordt de samenstelling van de gemeentelijke adviescommissie ter behartiging van de belangen van ouderen (KBSI) vastgelegd. Artikel 64 van dit ontwerp van decreet vervangt in de bepaling onder 2° van paragraaf 2, de vertegenwoordiger van de Dienst door een vertegenwoordiger van de Regering.

Artikel 65

Door artikel 65 wordt in artikel 83, § 1, eerste lid, van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg het opschrift van het decreet van 13 december 2016 geactualiseerd.

Artikel 66

Met deze wijzigingsbepaling wordt in artikel 2, tweede lid, van het decreet van 25 februari 2019 houdende de erkenning van de Duitse Gebarentaal de oude benaming "de raad van bestuur" vervangen door "het beheerscomité".

Artikel 67

Artikel 67 wijzigt de definities die zijn vastgelegd in artikel 3 van het decreet van 14 oktober 2019 houdende erkenning van assistentiedieren en betreffende het recht van personen in begeleiding van een assistentiedier om toegang te hebben tot publieke plaatsen. Het opschrift van het decreet van 13 december 2016 wordt geactualiseerd en het begrip "Dienst voor zelfbeschikkend leven" wordt uit de bepalingen verwijderd.

Artikelen 68 en 69

Door deze wijzigingsbepalingen treedt de Regering in artikel 6, eerste lid, 1°, en in artikel 7, § 1, eerste lid, van het decreet van 14 oktober 2019 houdende erkenning van assistentiedieren en betreffende het recht van personen in begeleiding van een assistentiedier om toegang te hebben tot publieke plaatsen in de plaats van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

Artikel 70

Artikel 70 van dit ontwerp van decreet belast de Regering met de subsidiëring van assistentiedieren als bedoeld in artikel 8, eerste lid, van het decreet van 14 oktober 2019 houdende erkenning van assistentiedieren en betreffende het recht van personen in begeleiding van een assistentiedier om toegang te hebben tot publieke plaatsen.

Bovendien wordt het opschrift van het decreet van 13 december 2016 geactualiseerd.

Artikel 71

Artikel 71 actualiseert in artikel 4 van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen het opschrift van het decreet van 13 december 2016 in de definitie van personen met ondersteuningsbehoefte, die is vastgelegd in de bepaling onder 44°.

Artikel 72

Artikel 72 van dit ontwerp van decreet schrapt in artikel 21, § 1, eerste lid, van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen de passage die stelt dat de bepalingen die de Regering aanneemt om de diensten voor personen met ondersteuningsbehoefte toegankelijk te maken, worden voorgesteld door de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

Bovendien worden de taken van de Dienst die vermeld worden in paragraaf 3 van het te wijzigen artikel 21, overgedragen aan de Regering van de Duitstalige Gemeenschap.

Artikel 73

Artikel 73 heft in artikel 3, 4°, van het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen, de definitie van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven op.

Artikel 74

Artikel 74 wijzigt artikel 15 van het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen zodanig dat de Regering de bevoegdheid krijgt om de ondersteuningsbehoefte te bepalen op basis van de BelRAI-screener en de procedure voor de bepaling daarvan vast te leggen.

Artikel 75

Artikel 44, tweede lid, van het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen bevat een bepaling inzake gegevensbescherming die instellingen en instanties het recht geeft bepaalde gegevens te verwerken voor bepaalde doeleinden. De Regering krijgt de bevoegdheid om te beschikken over de gegevens die genoemd worden in het eerste lid van dat artikel, om de ondersteuningsbehoefte te bepalen in het kader van het decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven.

Artikelen 76 tot 78

In het decreet van 21 november 2022 tot oprichting van een adviescommissie voor mensen met een beperking wordt verwezen naar de Dienst voor zelfbeschikkend leven. Deze bepalingen moeten ofwel opgeheven worden ofwel vervangen worden door een generieke verwijzing naar de Regering.

Artikel 79

Dit artikel bepaalt dat dit decreet op 1 januari 2024 in werking zal treden.

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet tot oprichting van een dienst met afzonderlijk beheer "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" en tot ontbinding van de overeenkomstige instelling van openbaar nut

HOOFDSTUK 1 – OPRICHTING VAN EEN DIENST MET AFZONDERLIJK BEHEER

Artikel 1 – De dienst die genoemd wordt in artikel 1 van het besluit van de Regering van 2 maart 2023 tot oprichting van de dienst genaamd Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, wordt ter uitvoering van artikel 74 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap opgericht als dienst met afzonderlijk beheer.

Art. 2 – De instelling van openbaar nut Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, opgericht bij het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, wordt ontbonden.

Art. 3 – De Duitstalige Gemeenschap is de rechtsopvolger van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, die bij artikel 2 ontbonden wordt. Ze neemt de rechten, plichten, goederen en lasten over.

Art. 4 – § 1 – De personeelsleden die op het moment van de overname een dienstverband hebben met de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, die bij artikel 2 ontbonden wordt, worden van ambtswege beschouwd als personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

De personeelsleden worden overgedragen met hun dienstgraad of een gelijkwaardige dienstgraad en in hun hoedanigheid.

Ze behouden ten minste de bezoldiging en de anciënniteit die zij hebben of verkregen zouden hebben indien ze de functie die ze op het tijdstip van de overdracht bekleden, verder zouden uitoefenen bij hun oorspronkelijke dienst.

§ 2 – De personeelsleden die op het moment van de overname aangewezen zijn als departements- of eenheidshoofd bij de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, die bij artikel 2 ontbonden wordt, behouden die hoedanigheid voor de verdere duur van hun aanwijzing.

Hun bezoldiging wordt vastgesteld overeenkomstig de bepalingen die gelden voor de departements- en eenheidshoofden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

HOOFDSTUK 2 – WIJZIGINGSBEPALINGEN

Afdeling 1 – Wijziging van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven

Art. 5 – Het opschrift van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven wordt vervangen als volgt:

"Decreet houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 6 – In artikel 1 van hetzelfde decreet worden de woorden "de Dienst van de Duitstalige

Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven," opgeheven.

Art. 7 – In artikel 3 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 11° wordt opgeheven;

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 13°, luidende:

"13° eensluidend advies: een overeenkomstig de voorschriften en binnen de gestelde termijn opgesteld dwingend advies dat voorafgaat aan een beslissing, waarbij de voorgestelde beslissing slechts genomen mag worden als het advies, al dan niet onder voorwaarden, gunstig is;"

3° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 14°, luidende:

"14° BelRAI-screener: wetenschappelijk gefundeerd, globaal evaluatie-instrument dat op het internationale *Resident Assessment Instrument* steunt. Het gaat om een gevalideerd elektronisch instrument dat gestandaardiseerde inlichtingen over de gebruiker genereert, om de begeleiding te verbeteren;"

4° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 15°, luidende:

"15° Algemene Verordening Gegevensbescherming: de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG."

Art. 8 – Hoofdstuk 2 van hetzelfde koninklijk besluit, dat artikel 5 omvat, wordt opgeheven.

Art. 9 – In het opschrift van hoofdstuk 3 van hetzelfde decreet wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering".

Art. 10 – In artikel 6 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering";

2° in de bepaling onder 1° worden de woorden "die tot de bevoegdheid van de Dienst behoren" vervangen door de woorden "inzake zelfbeschikkend leven";

3° in de bepaling onder 2° worden de woorden "of de Regering" opgeheven en worden de woorden "die tot de bevoegdheid van de Dienst behoren" vervangen door de woorden "inzake zelfbeschikkend leven";

4° in de bepaling onder 3° worden de woorden "of de Regering" opgeheven en wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering";

5° in de bepaling onder 4° worden de woorden "binnen het bevoegdheidsgebied van de Dienst" vervangen door de woorden "inzake zelfbeschikkend leven";

6° in de bepaling onder 6° worden de woorden "binnen het bevoegdheidsgebied van de Dienst" vervangen door de woorden "inzake zelfbeschikkend leven";

7° in de bepaling onder 9° worden de woorden "in opdracht van de Regering" opgeheven.

Art. 11 – In artikel 7 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 11 december 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering";

2° in de bepaling onder 1° worden de woorden "die tot het bevoegdheidsgebied van de Dienst behoren" vervangen door de woorden "inzake zelfbeschikkend leven";

3° in de bepaling onder 2° wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering";

4° in de bepaling onder 4° wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering";

5° in de bepaling onder 6°, a), wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering";

6° in de bepaling onder 6°, b), wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering".

Art. 12 – In artikel 8 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering";

2° in het tweede lid, 3°, worden de woorden "de Dienst" vervangen door het woord "ze".

Art. 13 – In artikel 9 van hetzelfde decreet wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering".

Art. 14 – In artikel 10, 1°, van hetzelfde decreet worden de woorden "de ondersteuning van de Dienst of" vervangen door de woorden "haar ondersteuning of die".

Art. 15 – In artikel 11 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van paragraaf 1 wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering";

2° in § 2, eerste lid, wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering".

Art. 16 – In de inleidende zin van artikel 12 van hetzelfde decreet wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering".

Art. 17 – In artikel 13, derde lid, 3°, van hetzelfde decreet worden de woorden "de Dienst" vervangen door het woord "ze".

Art. 18 – In artikel 14 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 11 december 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering";

2° in § 1, tweede lid, 3°, worden de woorden "de Dienst" vervangen door het woord "ze";

3° in § 2, eerste lid, wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering";

4° in § 3, worden de woorden "de Dienst voor zelfbeschikkend leven ertoe machtigen om, onder de door de Regering gestelde" vervangen door de woorden "onder de door haar bepaalde" en de woorden "uit te betalen" door het woord "uitbetalen".

Art. 19 – In artikel 15 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering";

2° in § 1, tweede lid, worden de woorden "bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen" vervangen door de woorden "woonzorgcentra voor ouderen";

3° in § 1, derde lid, wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering";

4° in § 2, tweede lid, wordt het woord "Dienst" telkens vervangen door het woord "Regering";

5° in § 2, derde lid, wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering";

6° in paragraaf 3 wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering".

Art. 20 – In artikel 16 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 11 december 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen deelt de Dienst" vervangen door de woorden "woonzorgcentra voor ouderen deelt de Regering";

2° in het tweede lid worden de woorden "Onverminderd het eerste lid bepaalt de Regering" vervangen door de woorden "De Regering bepaalt".

Art. 21 – In het opschrift van hoofdstuk 3, afdeling 5, van hetzelfde decreet, worden de woorden "en andere opdrachten" opgeheven.

Art. 22 – Artikel 18, § 2, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 23 – Artikel 19 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 19 – Overdracht van bevoegdheden"

De Regering kan de taken die bij dit hoofdstuk en de uitvoeringsbepalingen ervan aan haar toevertrouwd worden, met inbegrip van de beslissingsbevoegdheden, overdragen aan diensten of gemachtigde personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 24 – Het opschrift van hoofdstuk 4 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:
"Hoofdstuk 4 – Participatie en advies inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 25 – Het opschrift van hoofdstuk 4, afdeling 1, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:
"Afdeling 1 – Beheerscomité".

Art. 26 – In hoofdstuk 4, afdeling 1, van hetzelfde decreet wordt een artikel 19.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 19.1 – Oprichting

Er wordt een beheerscomité inzake zelfbeschikkend leven opgericht."

Art. 27 – In artikel 20 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin worden de woorden "De raad van bestuur van de Dienst" vervangen door de woorden "Het beheerscomité";

2° in het eerste lid, 5°, worden de woorden "uit het bevoegdheidsgebied van de Dienst" vervangen door de woorden "inzake zelfbeschikkend leven";

3° in de inleidende zin van het tweede lid worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité";

4° in het tweede lid wordt de bepaling onder 2° vervangen als volgt:

"2° een door de Regering aangewezen vertegenwoordiger van de dienst van de Duitstalige Gemeenschap die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven;"

5° in het tweede lid wordt een bepaling onder 2.1 ingevoegd, luidende:

"2.1° een vertegenwoordiger van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;"

6° in het derde lid worden de woorden "De raad van bestuur" vervangen door de woorden "Het beheerscomité";

7° na het derde lid wordt een nieuw lid ingevoegd, luidende:

"Het beheerscomité kan overkoepelende werkgroepen opzetten en ontbinden. Het legt de taken, doelstellingen, eventuele termijnen en de nadere regels van de samenstelling vast en wijst de voorzitter aan."

Art. 28 – In artikel 21 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, 1°, worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "de raad van bestuur" telkens vervangen door de woorden "het beheerscomité" en worden de woorden "of personeelslid van de Dienst, onverminderd artikel 20, tweede lid, 2°" opgeheven;

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité".

Art. 29 – In artikel 22 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité";

2° in het tweede lid worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité";

3° in het derde lid worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité".

Art. 30 – In artikel 23 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "De raad van bestuur" vervangen door de woorden "Het beheerscomité" en de woorden "de raad van bestuur" door de woorden "het beheerscomité";

2° in het tweede lid worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité".

Art. 31 – In artikel 24 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1 wordt vervangen als volgt:

"§ 1 – Het beheerscomité geeft advies aan de Regering in aangelegenheden inzake zelfbeschikkend leven en in het bijzonder bij de uitvoering van de in hoofdstuk 3 genoemde taken.

In de volgende aangelegenheden neemt de Regering geen beslissing zonder eensluidend advies van het beheerscomité:

1° de erkenning van nieuwe dienstverrichters of de intrekking van erkenningen;

2° de structurele subsidiëring van dienstverrichters;

3° de toekenning van de door de Regering bepaalde tegemoetkomingen ten behoeve van de gebruikers;

4° de gunning van openbare opdrachten inzake zelfbeschikkend leven uit de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap indien het opdrachtbedrag hoger is dan 30.000 euro;

5° de ontwerpen met het oog op de algehele strategische oriëntatie, de uitwerking van vakgebonden concepten en de organisatie en de uitvoering van openbare dienstverlening in het kader van de operationele realisatie van de decretale en reglementaire opdrachten die overgedragen werden aan de dienst van de Duitstalige Gemeenschap die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven;

6° de begrotingsontwerpen inzake zelfbeschikkend leven van de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap.

Bij wijzigingen van het statuut van de personeelsleden van de dienst van de Duitstalige Gemeenschap die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven vraagt de Regering een voorafgaand advies van het beheerscomité aan.

De Regering bezorgt de in artikel 24 van het decreet van 15 oktober 2018 betreffende de niet-openbare en openbare elektronische communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied vermelde toezichtverslagen ter informatie aan het beheerscomité.";

2° er wordt een § 1.1 ingevoegd, luidende:

"§ 1.1 – De Regering bezorgt het beheerscomité om de zes maanden een statistisch overzicht van de begrotings- en personeelssituatie van de dienst die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven, een verslag inzake klachtenbeheer en een voortgangsrapport van de realisatie van de strategische doelstellingen en de projecten inzake zelfbeschikkend leven.

De Regering informeert het beheerscomité over alle aangelegenheden die besproken worden in de andere organen die bij dit decreet worden opgericht.";

3° in paragraaf 2 worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité" en de woorden "betreffende de taken van de dienst. De raad van bestuur" door de woorden "inzake zelfbeschikkend leven. Het beheerscomité";

4° paragraaf 2 wordt aangevuld met een tweede tot vierde lid, luidende:

"De Regering keurt de bepalingen voor de uitvoering van de in dit decreet vastgelegde machtigingen goed, hetzij op voorstel van het beheerscomité, hetzij na de voorontwerpen voor advies te hebben voorgelegd aan het beheerscomité.

Het beheerscomité kan op eigen initiatief of op verzoek van het Parlement of de Regering voorstellen of aanbevelingen doen om het aanbod inzake zelfbeschikkend leven en de bijbehorende randvoorwaarden aan te passen.

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap kan via zijn voorzitter een advies aanvragen bij het beheerscomité. Het beheerscomité bezorgt dat advies binnen een door het Parlement gestelde termijn aan de aanvrager.";

5° in paragraaf 3 worden de woorden "De raad van bestuur" vervangen door de woorden "Het beheerscomité".

Art. 32 – Artikel 25 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 25 – Huishoudelijk reglement

Het beheerscomité stelt zijn huishoudelijk reglement op, dat moet worden goedgekeurd door de Regering. In het huishoudelijk reglement worden in het bijzonder de volgende aspecten geregeld:

1° de bijeenroeping van het beheerscomité, de agendering en de voorbereiding van de agendapunten;

2° de besluitvormingsprocedure in het beheerscomité;

3° de notulering;

4° de plaats waar vergaderd wordt;

5° de procedure voor het ad hoc betrekken van deskundigen;

6° de procedure voor de bemiddeling tussen de Regering en het beheerscomité bij dossiers met onzekere uitkomst."

Art. 33 – Artikel 26, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Er wordt een gespecialiseerd adviesorgaan inzake zelfbeschikkend leven opgericht."

Art. 34 – In artikel 27 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 1° van het eerste lid worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité";

2° in het tweede lid worden de woorden "De afgevaardigd directeur en de door hem aangewezen personeelsleden van de Dienst" vervangen door de woorden "De personeelsleden van de dienst van de Duitstalige Gemeenschap die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven,".

Art. 35 – In artikel 28, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité".

Art. 36 – In artikel 29 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin worden de woorden "raad van bestuur of op verzoek van de afgevaardigd directeur" vervangen door de woorden "Regering of het beheerscomité";

2° in de bepaling onder 1° worden de woorden "tot het bevoegdheidsgebied van de Dienst behorende dienstverleningsnetwerk" vervangen door de woorden "dienstverleningsnetwerk inzake zelfbeschikkend leven";

3° in de bepaling onder 2° worden de woorden "die tot de bevoegdheid van de Dienst behoren" vervangen door de woorden "inzake zelfbeschikkend leven";

4° in de bepaling onder 3° worden de woorden "die tot de bevoegdheid van de Dienst behoren" vervangen door de woorden "inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 37 – In de inleidende zin van artikel 30 van hetzelfde decreet worden de woorden "In het huishoudelijk reglement van de raad van bestuur vermeld in artikel 25" vervangen door de woorden "Het gespecialiseerd adviesorgaan stelt zijn huishoudelijk reglement op, dat moet worden goedgekeurd door de Regering. In dat huishoudelijk reglement".

Art. 38 – In de inleidende zin van artikel 31 van hetzelfde decreet worden de woorden "raad van bestuur" vervangen door het woord "Regering".

Art. 39 – In hoofdstuk 4 van hetzelfde decreet wordt afdeling 4, die de artikelen 32 tot 34 omvat, opgeheven.

Art. 40 – In artikel 36 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 15 oktober 2018, wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering" en wordt het woord "hem" vervangen door het woord "haar".

Art. 41 – Hoofdstuk 7 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 11 november 2018, dat de artikelen 41 tot 47 omvat, wordt vervangen als volgt:

"Hoofdstuk 7 – Vertrouwelijkheid en bescherming van persoonsgegevens

Art. 41 – Vertrouwelijkheid

Met behoud van de toepassing van andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de dienstverrichters en andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Art. 42 – Verplichting om samen te werken

Met behoud van de toepassing van dit hoofdstuk zijn de personeelsleden van de dienst van de Duitstalige Gemeenschap die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven, die een gebruikersdossier behandelen ter uitvoering van dit decreet, ertoe verplicht samen te werken met andere personen die eveneens in het kader van een begeleiding in het belang van de gebruiker werkzaam zijn. Laatstgenoemde personen moeten in het bijzonder geïnformeerd worden over de reeds genomen maatregelen.

De samenwerking geschiedt met inachtneming van de verdeling van de taken en bevoegdheden.

Art. 43 – Verwerking van persoonsgegevens

Met behoud van de toepassing van artikel 44 zijn de Regering en de dienstverrichters, elk wat haar of hem betreft, verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. Als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, lid 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming gelden:

- 1° de Regering voor het vervullen van de taken vermeld in hoofdstuk 3;
- 2° de dienstverrichters voor de ondersteuningsmaatregelen voor kinderen, jongeren of volwassenen vermeld in artikel 12.

De Regering en de dienstverrichters mogen de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van hun wettelijke of decretale opdrachten gebruiken.

De verwerking van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke rechtsvoorschriften inzake bescherming bij de verwerking van persoonsgegevens.

Art. 44 – Verwerking van gezondheidsgegevens

De verwerking van gegevens over de gezondheid van de betrokken personen geschiedt onder de verantwoordelijkheid van een beroepsbeoefenaar uit de gezondheidszorg.

Het verzamelen en verwerken van gegevens over de gezondheid geschiedt met inachtneming van de wet van 22 augustus 2002 betreffende de rechten van de patiënt en met inachtneming van het medisch geheim.

Art. 45 – Gegevenscategorieën

§ 1 – De Regering alsmede de inspecteurs en externe deskundigen die overeenkomstig artikel 17 zijn aangewezen, kunnen overeenkomstig artikel 43 de volgende categorieën persoonsgegevens verwerken betreffende de gebruikers:

- 1° identiteitsgegevens en contactgegevens, met inbegrip van het rijksregisternummer;
- 2° identiteitsgegevens en contactgegevens van de vertegenwoordiger van de gebruiker;
- 3° gegevens over het schoolbezoek of, naargelang van het geval, de opleiding;
- 4° gegevens over de gezinssituatie;
- 5° gegevens over de sociale en financiële situatie;
- 6° gegevens over de vrijetijdsbesteding en interesses;
- 7° gegevens over de gezondheid en de ontwikkeling:
 - a) gegevens over de lichamelijke gezondheid;
 - b) gegevens over inentingën;
 - c) gegevens over de geestelijke gezondheid;
 - d) gegevens over het gedrag;
 - e) gegevens over risico's en risicofactoren;
 - f) gegevens over de bekwaamheden en vaardigheden;
- 8° gevoelige gegevens als bedoeld in artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
- 9° justitiële gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

De in het eerste lid genoemde gegevenscategorieën kunnen voor de volgende doeleinden verwerkt worden:

- 1° adviesverstrekking aan de gebruikers overeenkomstig artikel 7;
- 2° toekenning van financiële tegemoetkomingen en/of subsidies of materiële ondersteuning voor individuele hulp- en aanpassingsmaatregelen om redelijke aanpassingen uit te voeren betreffende de gebruikers overeenkomstig de artikelen 8 en 9;
- 3° vervulling van specifieke taken ten behoeve van kinderen, jongeren en volwassenen overeenkomstig artikel 11;
- 4° opstelling van adviesattesten ten behoeve van de bejaarden overeenkomstig artikel 15;
- 5° indeling van de bejaarde in een zorgcategorie met gebruik van de BelRAI-screener overeenkomstig artikel 16;
- 6° vervulling van het toezicht op dienstverrichters overeenkomstig artikel 17, met inbegrip van het controleren van de subsidiëeringsvoorwaarden.

§ 2 – De Regering en de overeenkomstig artikel 17 aangewezen inspecteurs en externe deskundigen kunnen overeenkomstig artikel 43 de volgende categorieën persoonsgegevens verwerken betreffende het personeel van de dienstverrichters:

- 1° identiteitsgegevens en contactgegevens, met inbegrip van het rijksregisternummer;
- 2° gegevens over het einddiploma en de opleiding;
- 3° gegevens over de arbeidsverhouding en de wedde.

De in het eerste lid opgesomde gegevenscategorieën kunnen verwerkt worden voor de doeleinden van de subsidieaanvraag van de dienstverrichters of, al naargelang het geval, de uitbetaling van de wedden van het personeel van de dienstverrichters overeenkomstig artikel 14.

§ 3 – De dienstverrichters kunnen overeenkomstig artikel 43 de in § 1, eerste lid, opgesomde categorieën van persoonsgegevens verwerken betreffende de gebruikers.

De in het eerste lid opgesomde gegevenscategorieën kunnen verwerkt worden voor de doeleinden van de ondersteuningsmaatregelen voor kinderen, jongeren of volwassenen vermeld in artikel 12.

§ 4 – De Regering kan de gegevenscategorieën vermeld in de paragrafen 1 tot 3 preciseren.

Art. 46 – Gebruik van gegevens voor onderzoek en statistieken

Om analyses en statistieken op te stellen over de uitvoering van haar taken overeenkomstig de artikelen 6 en 17 gebruikt de Regering principieel geanonimiseerde en gepseudonimiseerde gegevens.

Als de in het eerste lid genoemde analyses en statistieken niet op basis van geanonimiseerde gegevens opgesteld kunnen worden, is het gebruik van gepseudonimiseerde gegevens toegestaan.

Voor de toepassing van het tweede lid vermeldt de Regering in de verklaring betreffende de gegevensverwerking waarom het niet mogelijk is de in het eerste lid vermelde analyses en statistieken op te stellen door geanonimiseerde gegevens te verwerken.

Art. 47 – Bewaartermijn van de gegevens

De gegevens mogen als volgt bewaard worden in een vorm die identificatie van de betrokken personen mogelijk maakt:

1° voor de gegevens vermeld in artikel 45, § 1: hoogstens tien jaar te rekenen vanaf de datum waarop ze verzameld werden;

2° voor de gegevens vermeld in artikel 45, § 2: hoogstens tien jaar te rekenen vanaf de datum waarop ze verzameld werden;

3° voor de gegevens vermeld in artikel 45, § 3: hoogstens tien jaar te rekenen vanaf de datum waarop ze verzameld werden.

Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijnen vernietigd.

Art. 47.1 – Veiligheidsmaatregelen

De Regering en de dienstverrichters letten er bij de verwerking van de in artikel 45 vermelde gegevens op dat gepaste veiligheidsmaatregelen genomen worden."

Art. 42 – Artikel 48 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 43 – In artikel 49 van hetzelfde decreet worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité".

Art. 44 – In artikel 50 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 10 december 2020, wordt het woord "Dienst" telkens vervangen door het woord "Regering".

Art. 45 – Artikel 79.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 26 februari 2018, wordt opgeheven.

Afdeling 2 - Verscheidene wijzigingen

Art. 46 – In artikel 200, § 2, eerste lid, 4°, van het Waals Wetboek van Duurzaam Wonen, vervangen bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "dienst van de Duitstalige Gemeenschap die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 47 – In artikel 5, § 1, 4°, van het koninklijk besluit nr. 474 van 28 oktober 1986 tot opzetting van een stelsel van door de Staat gesubsidieerde contractuelen bij sommige plaatselijke besturen,

vervangen bij het decreet van 28 mei 2018, worden de woorden "Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door het woord "Regering".

Art. 48 – In artikel 93.24, § 1, eerste lid, 2°, van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen, gewijzigd bij het decreet van 13 december 2016, worden de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "dienst van de Duitstalige Gemeenschap die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 49 – In artikel 98.2, § 2, 3°, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 13 december 2016, worden de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door het woord "Regering".

Art. 50 – Artikel 40 van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de Infrastructuur, gewijzigd bij het decreet van 13 december 2016, wordt opgeheven.

Art. 51 – In artikel 3, 5°, van het sportdecreet van 19 april 2004, gewijzigd bij de decreten van 13 december 2016 en 22 juni 2020, worden de woorden "bij de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven is ingeschreven" vervangen door de woorden "onder de toepassing van het decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven valt".

Art. 52 – In artikel 24, derde lid, 4°, van het decreet van 23 maart 2009 betreffende de organisatie van het deeltijdse kunstonderwijs, ingevoegd bij het decreet van 27 juni 2011 en gewijzigd bij het decreet van 13 december 2016, worden de woorden "ingeschreven bij de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "die overeenkomstig artikel 3, 3°, a) en b), van het decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven onder de toepassing van dat decreet vallen".

Art. 53 – In artikel 6, tweede lid, van het decreet van 11 mei 2009 over het Centrum voor bevorderingspedagogiek, ter verbetering van de gespecialiseerde pedagogische ondersteuning in de gewone en gespecialiseerde scholen, evenals ter aanmoediging van de ondersteuning van leerlingen met een beperking of met aanpassings- of leermoeilijkheden in de gewone en gespecialiseerde scholen, gewijzigd bij het decreet van 13 december 2016, worden de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door het woord "Regering".

Art. 54 – In artikel 7, § 1, 7°, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 13 december 2016, worden de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "dienst van de Duitstalige Gemeenschap die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 55 – Artikel 87, § 2, 2°, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het decreet van 13 december 2016, wordt opgeheven.

Art. 56 – In artikel 3, 11°, van het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit worden de woorden "en de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" opgeheven.

Art. 57 – In artikel 79 van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, 2°, worden de woorden "één vertegenwoordiger" vervangen door de woorden "twee vertegenwoordigers" en het woord "Gemeenschap" door de woorden "Gemeenschap van wie één vertegenwoordiger deel uitmaakt van de dienst die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven";

2° in § 1, tweede lid, wordt de bepaling onder 3° opgeheven;

3° in § 3, tweede lid, wordt de tweede zin opgeheven.

Art. 58 – In artikel 2 van het decreet van 15 oktober 2018 betreffende de niet-openbare en openbare elektronische communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 11° worden de woorden "decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven";

2° in de bepaling onder 12° worden de woorden "decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 59 – In artikel 19, tweede lid, 2°, van hetzelfde decreet worden de woorden "decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 60 – Artikel 24, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 61 – In artikel 4, van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg worden de volgende wijzigingen aangebracht.

1° de bepaling onder 7° wordt opgeheven;

2° in de bepaling onder 32° worden de woorden "decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 62 – In artikel 37, § 2, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering".

Art. 63 – In artikel 63, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven" en worden de woorden "Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door het woord "Regering".

Art. 64 – In artikel 67, § 2, 2°, van hetzelfde decreet worden de woorden "Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "dienst van de Duitstalige Gemeenschap die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 65 – In artikel 83, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 66 – In artikel 2, tweede lid, van het decreet van 25 februari 2019 houdende de erkenning van de Duitse Gebarentaal worden de woorden "de raad van bestuur van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "het beheerscomité inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 67 – In artikel 3 van het decreet van 14 oktober 2019 houdende erkenning van assistentiedieren en betreffende het recht van personen in begeleiding van een assistentiedier om toegang te hebben tot publieke plaatsen, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 2° worden de woorden "decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven";

2° de bepaling onder 4° wordt opgeheven.

Art. 68 – In artikel 6, eerste lid, 1°, van hetzelfde decreet worden de woorden "dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door het woord "Regering".

Art. 69 – In artikel 7, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door het woord "Regering".

Art. 70 – In artikel 8, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin worden de woorden "Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door het woord "Regering";

2° in de bepaling onder 1° worden de woorden "de Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door het woord "ze" en worden de woorden "decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 71 – In artikel 4, 44°, van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen worden de woorden "decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 72 – In artikel 21 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden ", op voorstel van de dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven," opgeheven;

2° in paragraaf 3 worden de woorden "dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door het woord "Regering".

Art. 73 – In artikel 3 van het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen wordt de bepaling onder 4° opgeheven.

Art. 74 – In artikel 15 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het tweede lid wordt vervangen als volgt:

"De Regering bepaalt de ondersteuningsbehoefte op basis van de BelRAI-screener en legt vast welke procedure daarbij gevolgd wordt.";

2° het derde lid wordt opgeheven.

Art. 75 – Artikel 44, tweede lid, 1°, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"1° de Regering om de ondersteuningsbehoefte te bepalen in het kader van het decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven;"

Art. 76 – In artikel 2 van het decreet van 21 november 2022 tot oprichting van een adviescommissie voor mensen met een beperking wordt de bepaling onder 2° opgeheven.

Art. 77 – In artikel 5, § 1, eerste lid, 1°, van hetzelfde decreet worden de woorden ", de gemeenten van het Duitse taalgebied of de Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "of de gemeenten van het Duitse taalgebied".

Art. 78 – In artikel 6 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, derde lid, 3°, worden de woorden "Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "dienst van de Duitstalige Gemeenschap die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven";

2° in § 3, tweede lid, worden de woorden "Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door het woord "Regering".

HOOFDSTUK 3 – SLOTBEPALINGEN

Art. 79 – Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2024.

Eupen, ...

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS